

## SACHBERICHT 2017

### zum Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

#### Projekte (Personalkosten der Sozialpädagogen/innen und Trägerpauschalen)

##### Inhalt

1	Idee und Rahmenbedingungen des Programms .....	2
1.1	Verteilung der Stellen und Veränderungen im Jahr 2017 .....	2
1.2	Sozialpädagogische Fachkräfte.....	5
1.3	Fortbildungs- und Projektmittel .....	6
2	Umsetzung des Programms .....	8
2.1	Schwerpunktsetzungen im Überblick.....	8
2.2	Jugendsozialarbeit an Grundschulen .....	12
2.3	Jugendsozialarbeit an Integrierten Sekundarschulen.....	15
2.4	Jugendsozialarbeit an Förderzentren .....	19
2.5	Jugendsozialarbeit an Gymnasien .....	22
2.6	Jugendsozialarbeit an beruflichen Schulen .....	24
2.7	Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben .....	26
2.8	Jugendsozialarbeit an Inklusiven Schwerpunktschulen .....	30
2.9	Übergreifende Fokusthemen.....	31
2.10	Zusammenfassung und Ausblick.....	34
3	Programminterne Fortbildung .....	36

##### Anlage

##### Verteilung der Stellen, Träger und Schulen nach Bezirk im Jahr 2017

Im Folgenden werden die Rahmenbedingungen und Ergebnisse im Jahr 2017 aller am Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ beteiligten Schulen und Träger vorgestellt. Für die Sofortmaßnahme Geflüchtete sowie für die Programmagentur und die Koordinierungsstellen an der (bezirklichen) Schnittstelle Jugend-Schule wurden bereits separate Sachberichte für das Jahr 2017 eingereicht.

## **1 Idee und Rahmenbedingungen des Programms**

Mit dem Ziel allen Schülerinnen und Schülern gelingende Bildungsbiographien zu ermöglichen, entwickeln Schule und Jugendhilfe ein erweitertes und gemeinsames Bildungsverständnis. Das Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ trägt seit dem Jahr 2006 mit seinen vielfältigen Angeboten dazu bei, die Chancen aller Kinder und Jugendlichen auf Bildung sowie auf ein selbstbestimmtes Aufwachsen in ihrem sozialen Umfeld zu erhöhen.

Die im Programm beteiligten Schulen arbeiten mit Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe zusammen. Grundlage dafür bilden der Kooperationsvertrag sowie die jährliche gemeinsame Fortschreibung der Entwicklungsziele. Angestellt beim Träger wird eine Sozialpädagogin oder ein Sozialpädagoge an der Schule fest eingebunden und ist als verlässliche Ansprechperson für die Schüler/innen, die Erziehungsberechtigten und das Kollegium vor Ort.

Die Wirksamkeit des Programms wurde im Jahr 2017 durch die Universität Oldenburg evaluiert. Durch Analyse von Bildungsindikatoren und umfangreiche Befragungen der beteiligten Akteurinnen und Akteure wurde bestätigt, dass mit dem Landesprogramm deutliche Fortschritte sowohl bei der Verbesserung schulischer Leistungen als auch in der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe erzielt werden konnten. Die Veröffentlichung des Evaluationsberichts ist für das Jahr 2018 geplant.

Die Finanzierung des Landesprogramms erfolgte im Jahr 2017 aus Mitteln des Bildungsetats der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF). Finanziert wurden die Personalkosten für die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an den einzelnen Schulen (bis maximal Entgeltgruppe E9 TV-L) im Rahmen des bewilligten Stellenumfangs inklusive Umlagen U1 (Mutterschutz), U2 (Krankheit) und IG (Insolvenzgeld) sowie Berufsgenossenschaftsbeiträge für die im Programm Beschäftigten. Den Antragstellerinnen und Antragstellern standen zudem anteilige projektbezogene Personal- und Sachkosten (Regiekosten) in Höhe von 3.000 € bei einer Vollzeitstelle bzw. 1.500 € bei einem Stellenanteil von bis zu 0,5 zu (bei Stellenanteilen über 0,5 wurde der volle Betrag zugewiesen). Fortbildungs- und Projektmittel wurden bis zu einer Höhe von 1.800 € pro Standort gezahlt.

Die Programmagentur der Stiftung SPI setzt seit dem Jahr 2006 im Auftrag der SenBJF die Aufgaben der fachlichen Begleitung und Abwicklung des Programms „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ um.

### **1.1 Verteilung der Stellen und Veränderungen im Jahr 2017**

Im Jahr 2017 wurde das Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ an insgesamt 261 Schulen umgesetzt. Die Verteilung der 276 Stellen ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen.

Bereits in der Übersicht enthalten sind fünf zusätzliche Stellen an neu gegründeten Inklusiven Schwerpunktschulen. Insgesamt ist in Berlin die Einrichtung von 36 Inklusiven Schwerpunktschulen geplant, die alle mit einer Stelle aus dem Landesprogramm ausgestattet werden. Ziel ist es, die Schüler/innen und deren Eltern in dieser Schulform zu unterstützen und im Rahmen von Schulentwicklung die Leitung und das pädagogische Personal auf dem Weg zur inklusiven Schule zu begleiten. Zum neuen Schuljahr 2017/18 starteten fünf Schulen, wovon vier bereits über eine Stelle der Jugendsozialarbeit aus dem Programm verfügten. Diese Vier bauten die Jugendsozialarbeit mit den bisherigen Kooperationspartnerinnen und -partnern aus. Die neue Schule wählte in Abstimmung mit dem bezirklichen Jugendamt einen Träger der freien Jugendhilfe aus, um die Jugendsozialarbeit aufzubauen. In der nachfolgenden Tabelle ebenfalls

berücksichtigt ist eine weitere zusätzliche Stelle ab dem Jahr 2017, die im Bezirk Mitte für einen Schulversuch zur Unterstützung von Geflüchteten<sup>1</sup> eingesetzt wird.

Im Jahr 2017 fanden außerdem einige Wechsel im Rahmen von Inklusionsprozessen statt. In den Bezirken Pankow, Spandau und Neukölln wurden insgesamt drei Stellen von schließenden Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt an Grundschulen vergeben. Die Umwandlung bzw. Verschiebung der Stellen fand in Abstimmung mit den bezirklich zuständigen Behörden, den Schulen und den Trägern statt.

Schulart	Schulen	Träger	Stellen
Grundschulen (GS)	137 <sup>2</sup>	56	133
Integrierte Sekundarschulen (ISS)	61	33	61
Förderzentren (FZ)	28 <sup>3</sup>	15	21,5
Berufliche Schulen (BS)	22	5	19
Gymnasien (Y)	10	5	10
Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben (Z) <sup>4</sup>	-	14	16,5
Inklusive Schwerpunktschulen (Inkl.)	11	10	11
Verbundprojekte Förderzentren <sup>5</sup> (Verbünde)	-	6	4
<b>Gesamt</b>	<b>261<sup>6</sup></b>	<b>79<sup>7</sup></b>	<b>276<sup>8</sup></b>

#### Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ 2017

Die Verteilung der Schulen, Träger und Stellen in den Bezirken sind im Detail der Anlage zu entnehmen. Hier folgt eine Übersicht über die Verteilung der Stellen auf die Bezirke.

<sup>1</sup> „Vorbereitungskurs für Flüchtlinge zum Erwerb des Abiturs auf dem zweiten Bildungsweg“, im Rahmen der landesmittelfinanzierten Stelle werden Geflüchtete am Berlin-Kolleg (01A04) unterstützt.

<sup>2</sup> Acht Stellen der Jugendsozialarbeit für Grundschulen waren an Gemeinschaftsschulen verortet (04K05, 07K12, 08K01, 08K02, 08K13, 10K10, 10K11, 12K12). Schüler/innen der Grundstufe bildeten die Zielgruppe.

<sup>3</sup> Die Projekte der Jugendsozialarbeit für Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf waren an 27 Förderzentren und einem Beratungs- und Unterstützungszentrum verortet. Drei Stellen sind im Rahmen der Inklusionsprozesse an vier Grundschulen vergeben worden. Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf blieben Hauptzielgruppe dieser Stellen.

<sup>4</sup> Die Sozialpädagogen/innen der Zusatzprojekte (Z) übernahmen folgende besondere Aufgaben der Jugendsozialarbeit: Integration neu zugewanderter Schüler/innen ohne Deutschkenntnisse oder Unterstützung der Bereiche Schulverweigerung und Berufsorientierung.

<sup>5</sup> Im Jahr 2016 wurden vier bezirksübergreifende sog. Z-Stellen eingerichtet, die die berufliche Orientierung von Schülerinnen und Schülern mit dem Förderbedarf „Geistige Entwicklung“ unterstützten. Die Stellen wurden in Verbundmodellen an mehreren Schulen umgesetzt.

<sup>6</sup> Von den sechs bestehenden Projekten an den Inklusiven Schwerpunktschulen wurden lediglich drei Schulen gezählt, die nicht bereits im Landesprogramm beteiligt waren.

<sup>7</sup> Insgesamt setzten 79 freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe das Programm um.

<sup>8</sup> An einem Gymnasium wurde zur Umsetzung des Programmes eine Dienstkraft des Landes Berlin (mit einer Vollzeitstelle) eingesetzt.

Die Verteilung der insgesamt 276 Stellen im Programm auf die Schularten und Bezirke ist nachfolgend für das Jahr 2017 tabellarisch zusammengefasst.

Bezirk	GS	ISS	FZ	Y	BS	Inkl.	Schulen <sup>9</sup>	Träger	Stellen	davon Z	davon Verbünde
Mitte	22	7	2	4	-	-	35	16	37,0	2	-
Friedrichshain-Kreuzberg	18	7	1	2	-	4	28	13	32,5	1	-
Pankow	5	4	1	-	-	-	10	4	10,0	1	-
Charlottenburg-Wilmersdorf	4	3	3	-	-	1	11	9	12,1	1	-
Spandau	10	4	1	-	-	2	15	9	19,0	3	-
Steglitz-Zehlendorf	3	2	4 + 1 <sup>10</sup>	-	-	-	9 + 1	7	8,0	-	-
Tempelhof-Schöneberg	11	8	1	-	-	1	21	10	22,25	3	-
Neukölln	26	7	5	2	-	-	40	17	40,65	2	-
Treptow-Köpenick	4	3	1	-	-	1	9	6	9,0	-	-
Marzahn-Hellersdorf	17	3	1	-	-	-	21	10	20,5	-	-
Lichtenberg	8	4	2	-	-	1	15	12	18,5	3,5	-
Reinickendorf	9	9	5	2	-	1	25	11	23,5	-	-
bezirksübergreifend	-	-	-	-	22	-	22	10	23,0	-	4
<b>Gesamt</b>	<b>137</b>	<b>61</b>	<b>28</b>	<b>10</b>	<b>22</b>	<b>11</b>	<b>261</b>	<b>79<sup>11</sup></b>	<b>276</b>	<b>16,5</b>	<b>4</b>

**Verteilung der Schulen und Stellen nach Bezirken im Programmjahr 2017**

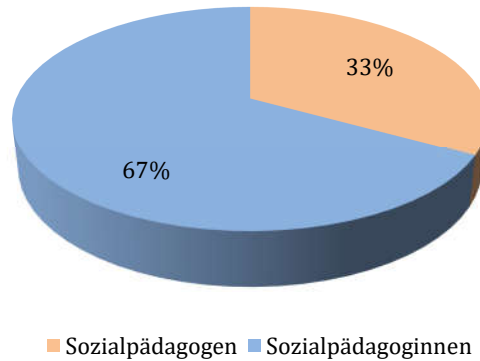
<sup>9</sup> Von den elf bestehenden Projekten an den Inklusiven Schwerpunktschulen wurden lediglich drei Schulen gezählt, die nicht bereits im Landesprogramm beteiligt waren.

<sup>10</sup> In Steglitz-Zehlendorf waren die Projekte der Jugendsozialarbeit für Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an vier Förderzentren und einem Beratungs- und Unterstützungszentrum verortet.

<sup>11</sup> Insgesamt setzten 79 Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe das Programm um.

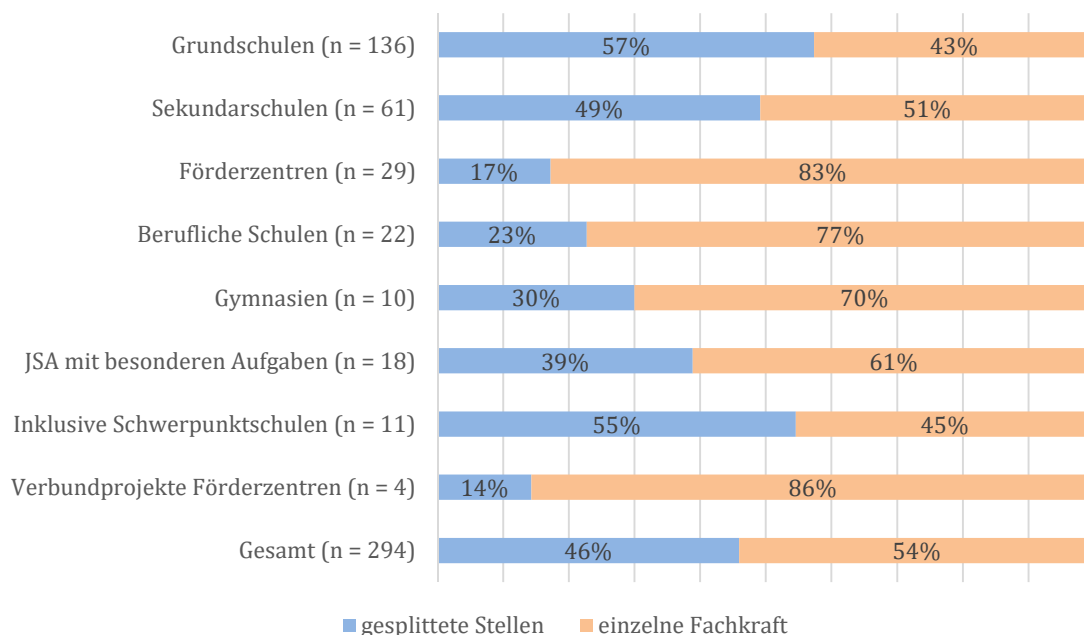
## 1.2 Sozialpädagogische Fachkräfte

Im Jahr 2017 waren im Programm insgesamt 436 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen tätig. Zwei Drittel der Fachkräfte waren weiblich und ein Drittel männlich.



### Fachkräfte im Programmjahr 2017 nach Geschlecht (n = 436; Stand Dezember 2017)

Insgesamt war an knapp der Hälfte (46 %) aller Projektstandorte ein mindestens zweiköpfiges Team im Rahmen des Programms tätig. Lediglich an den Grundschulen und den Inklusiven Schwerpunktschulen überwogen die Stellensplittungen, also Teams von mindestens zwei Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Eine Besetzung der (anteiligen) Stellen im Programm mit nur einer Fachkraft überwog hingegen an den Förderzentren (inkl. Verbundprojekte), beruflichen Schulen, Gymnasien und bei der Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben. Die Sekundarschulen entsprachen mit 49% dem Durchschnitt.



### Stellensplittungen im Programmjahr 2017 (Stand Dezember 2017)

Neben ihrer Qualifikation (als Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen) wiesen die Fachkräfte viele weitere zusätzliche Kompetenzen auf, die für ihre Arbeit an den Schulen relevant waren. So verfügten viele von ihnen über eine Zusatzausbildung als Systemische Beraterin bzw.

Systemischer Berater oder Therapeut/in. Auch eine zusätzliche Qualifikation als (Schul-) Mediator/in lag sehr häufig vor. Darüber hinaus waren einige als „Insoweit erfahrene Fachkraft“ gemäß § 8 a SGB VIII im Kinderschutz weitergebildet und konnten dies in ihre Fall- und Beratungsarbeit an den Schulen einbringen.

Besondere fachliche Expertise war außerdem im Bereich der Elternarbeit zu finden – hier mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten, z. B. im Eltern-Medien-Training, in der Erziehungsberatung oder der Suchtprävention mit aktiver Einbindung der Eltern. Prävention spielte insgesamt vor allem auf dem Gebiet der Sucht (Alkohol-, Drogen- und/oder Mediensucht) eine Rolle, aber auch die Prävention von (sexueller) Gewalt war ein in der Vergangenheit häufig gewähltes Fortbildungsthema der Fachkräfte. Die Schulen konnten im Jahr 2017 zudem von dem Wissen, das die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen im Bereich Anti-Mobbing- und Sozialkompetenztraining mitbrachten, profitieren. Auch hier gab es verschiedene Ausprägungen: konfrontatives Sozialtraining, „Faustlos“-Programm, Gewaltfreie Kommunikation etc. Auch Entwicklungs-, Erlebnis- und Theaterpädagoginnen und -pädagogen fanden sich unter den Fachkräften ebenso wie viele ausgebildete (Kinder-) Yogalehrer/innen. Für sportorientierte und erlebnispädagogische Angebote waren einige Fachkräfte in den Sportarten Fußball, Klettern und sogar vereinzelt in Karate und Taekwondo qualifiziert.

Bei der Frage, welche Sprachkenntnisse wichtig für ihre Arbeit seien, nannten die Fachkräfte am häufigsten ihre Englischkenntnisse. Die am zweithäufigsten genannte Sprache war Türkisch, was etwa in einem Zehntel der Projekte gesprochen wurde. Danach folgten Arabisch, Russisch und Französisch. Auch polnische, serbische und Farsi/Dari-Sprachkenntnisse konnten manche Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen aufweisen.

Die Fachkräfte konnten insgesamt auf ein sehr breites Spektrum an zusätzlichen Kompetenzen zurückgreifen und so gut gerüstet den Herausforderungen an den Schulen begegnen.

### 1.3 Fortbildungs- und Projektmittel

Jedem Projektstandort standen im Jahr 2017 weiterhin 1.800 Euro für Fortbildungs- und Projektmittel zur Verfügung. Die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen konnten dafür einen Teil für eigene Fortbildung und Supervision nutzen. Seit dem Jahr 2015 gibt es dafür eine vertraglich geregelte Obergrenze von 600 Euro bzw. einem Drittel der Gesamtsumme (in Ausnahmefällen erfolgte eine maximale Erhöhung um 20 % der Gesamtsumme). Für das Jahr 2017 wurden folgende Fortbildungen in den Projektberichten und Abrechnungen benannt, die von den sozialpädagogischen Fachkräften und im Tandem oder Tridem besucht wurden.

Fortbildungskosten für u. a. folgende Themen:

- psychische Erkrankungen (Kinder, Jugendliche, Eltern), Autismus
- Kinderschutz, Prävention von sexuellem Missbrauch an Mädchen
- Flucht, Asyl, Traumata
- „Stärke statt Macht“ – Das Konzept der Neuen Autorität in Schule
- gewaltfreie Kommunikation für schwierige Elterngespräche
- „Anti-Bias-Ansatz“ und „lösungsorientierte Beratung“
- Methode „Faustlos“, Mediationsausbildung im Kontext Schule
- „Auf dem Weg zum inklusiven Arbeiten“
- Lebenskompetenzen für Kinder und Jugendliche
- Suchtprävention
- Medienpädagogik

### Fortbildungskosten im Jahr 2017

Die Projektmittel wurden für die sozialpädagogische Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern genutzt, zur Ausstattung der Gruppenarbeit, für Ausflüge, Materialien, Eintrittsgelder usw. Die Verausgabung der Mittel war dabei sehr vielfältig und richtete sich nach den Bedarfen der Kinder und Jugendlichen an den jeweiligen Schulstandorten. Häufig wurden die Mittel für spezielle Gruppenangebote ausgegeben, in deren Rahmen die Gelder für Bastelmaterialien, sportliche Aktivitäten, für Lebensmittel und Kochutensilien oder Ausflüge verwendet wurden. Auch im Bereich der Elternarbeit wurden die Projektmittel genutzt, um in Ausnahmefällen Dolmetscher/innen zu bezahlen oder Flyer und Informationsmaterial für Schüler/innen sowie deren Eltern zu erstellen. Diese und weitere regelmäßige Ausgaben sind nachfolgend zusammengefasst.

Projektkosten
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Eintrittsgelder für Museumsbesuche, Ausstellungen, Messen, Theater- und Kinovorstellungen, Schlittschuhfahren oder erlebnispädagogische Angebote wie z. B. Klettern, Drachenbootfahren, Floßbau</li> <li>- Lern-, Bastel-, Spiel- und Sportmaterialien sowie Lebensmittel für Mädchen- oder Jungengruppen oder spezielle Gruppenangebote zu den Themen Kochen, Holzwerkstatt, Handarbeit, Graffiti, Schwarzlichttheater, Schülerband, Schulradio, Theater, Fußball, Basketball, Yoga für Kinder, Aktive Pause usw.</li> <li>- Materialien für Angebote zur Gestaltung des Schulgeländes und Betreuung von Schulgärten (Schubkarren, Pflanzen, Werkzeug, Bienenvölker usw.)</li> <li>- Fahrt- und Übernachtungskosten für z. B. die Begleitung der Konfliktlotsen oder Schülervertretungen zu Seminarfahrten außerhalb Berlins, Ferienfahrten und Ausflüge mit Schülerinnen und Schülern im Rahmen von Gruppenangeboten</li> <li>- Honorare für Dolmetscherdienste, für Expertinnen und Experten z. B. für einen Elternabend zum Thema Cyber-Mobbing, für Künstlerinnen und Künstler im Rahmen von selbstorganisierten Veranstaltungen, für soziale Kompetenztrainings zur Ergänzung der eigenen Angebote, Kosten für Projekte, die durch Externe angeboten werden (Bewerbungstrainings, Teambuilding, sexuelle Vielfalt, sexuelle Aufklärung, Neue Medien usw.)</li> <li>- Sonstige Kosten: T-Shirts oder Warnwesten für die Konfliktlotsen, Aufsteller für Info-Materialien, Sofa für die Beratungsecke, Papier und Druckkosten u. ä. für die Erstellung von Bewerbungsunterlagen, Team-Kran, Gefühlsmonster-Karten, Preise und Gutscheine, Kaffee und Tee für das Elterncafé</li> <li>- Fachliteratur (Neue Medien, Kinderschutz, Asyl usw.) und Bücher für die Kinder und Jugendlichen zu Themen wie Freundschaft, Trauer, Liebe, Sexualität, Religion, Pubertät</li> <li>- spezielle Angebote z. B. für Schüler/innen der Willkommensklassen: Fahrt- und ggf. Eintrittskosten bei der Begleitung von Ausflügen und Behördengängen, Kosten für das Erstellen von mehrsprachigem Lernmaterial, Organisation von Ferienangeboten, Kosten für Broschüren über die Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern</li> <li>- Kosten im Rahmen von Elterncafés und Elternfrühstücken, Kosten zur Erstellung von (mehrsprachigen) Infomappen oder Flyer für Eltern, Fahrtkosten im Rahmen von Elternausflügen</li> </ul>

### Projektkosten im Jahr 2017

## 2 Umsetzung des Programms

Die Umsetzung des Programms orientierte sich an individuellen Schwerpunkten, die für jeden Standort von Träger und Schule gemeinsam in einer Zielvereinbarung für das Jahr 2017 festgelegt wurden. Die Häufigkeit der inhaltlichen Schwerpunktsetzungen wird dabei projektübergreifend im nachfolgenden Kapitel berichtet. Anschließend folgen Einblicke in die Ergebnisse an den einzelnen Schularten.

Die Darstellungen basieren auf der Auswertung der Berichte, die jährlich von den Trägern bei der Programmagentur eingereicht werden. Für das Jahr 2017 wurde erstmals anhand einer umstrukturierten Vorlage berichtet. Diese Vorlage wurde im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit beteiligten Trägern, der Senatsverwaltung, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und mit Vertreterinnen der Jugendämter sowie der Programmagentur angepasst. Die Berichtslogik folgte nun stärker dem Antrag, so wurde beispielsweise anhand der Indikatoren aus dem Antrag für jedes Projekt die Erreichung der schulspezifischen Ziele bewertet. Der Bericht gliederte sich in folgende drei Teile:

- Teil I: Bewertung der Indikatoren und Projektbericht
- Teil II: Relevanz von Programmschwerpunkten
- Teil III: Statistik

### 2.1 Schwerpunktsetzungen im Überblick

Mit der Umsetzung der neuen Sachberichtsstruktur ab dem Jahr 2017 wurden die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen erstmalig für den Berichtszeitraum 2017 um eine Einschätzung zur Umsetzung der einzelnen Programmschwerpunkte in „ihrem“ Projekt der Jugendsozialarbeit gebeten (Teil II). In einem ersten Schritt sollten sie zunächst eine Aussage dazu treffen, welche Programmschwerpunkte „relevant“ für die Arbeit im Projekt waren, um dann den Umsetzungsstand einzuschätzen. Im Folgenden werden die Ergebnisse für die drei Teilbereiche sozialpädagogische Schwerpunkte, interne und externe Vernetzung wiedergegeben.

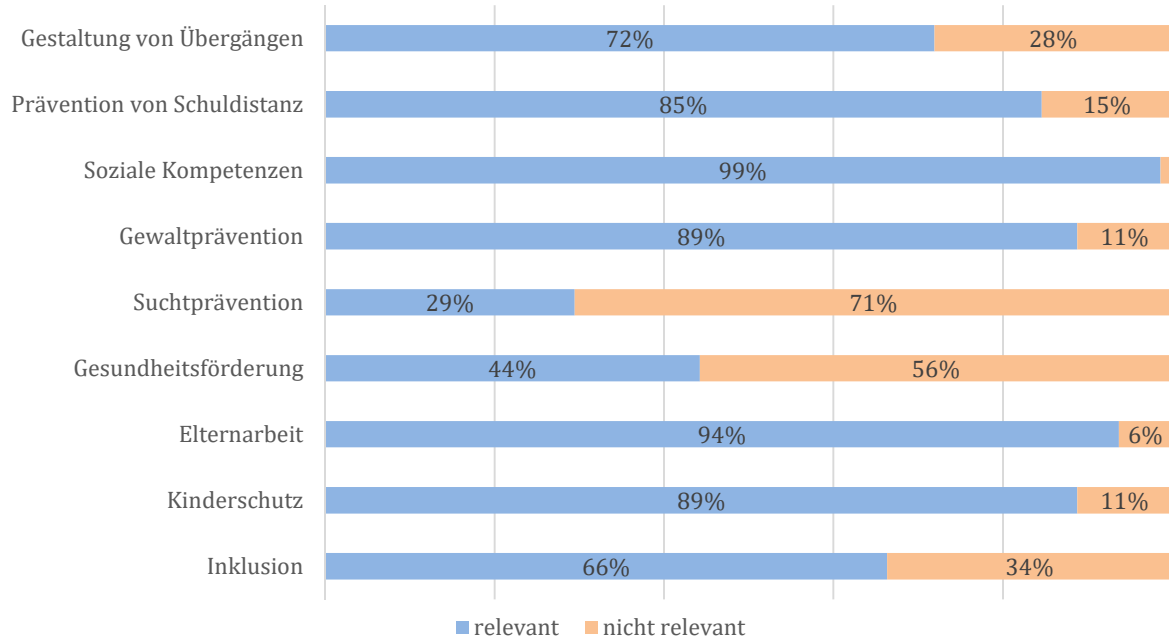
#### *Sozialpädagogische Schwerpunkte*

Die nachfolgende Grafik zeigt, dass die Förderung sozialer Kompetenzen in 99 % der Projekte eine Rolle spielte. Dabei handelte es sich nicht ausschließlich um die Umsetzung eines Angebots zum Sozialen Lernen. Vielmehr war die Förderung sozialer Kompetenzen ein Bestandteil, wenn nicht die Voraussetzung für die Entwicklung von sozialpädagogischen Angeboten im Rahmen anderer Themen, die sich in der Liste der Unterstützungsangebote wiederfanden. So wurden beispielsweise die sozialen Kompetenzen der Kinder auch gestärkt, wenn sie zu Konfliktlotsen ausgebildet wurden (Schwerpunkt Gewaltprävention) oder im Rahmen eines Yoga-Projekts Entspannungspraktiken erlernten (Schwerpunkt Gesundheitsförderung).

Ein weiterer als überaus relevant eingeschätzter Programmschwerpunkt ist mit 94 % die Elternarbeit. Die meisten Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen beschrieben einen guten Kontakt zum Elternhaus als Voraussetzung für eine erfolgreiche sozialpädagogische Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern. Durch die Kommunikation und Kooperation mit Eltern konnte z. B. Schuldistanz verhindert bzw. abgebaut werden.

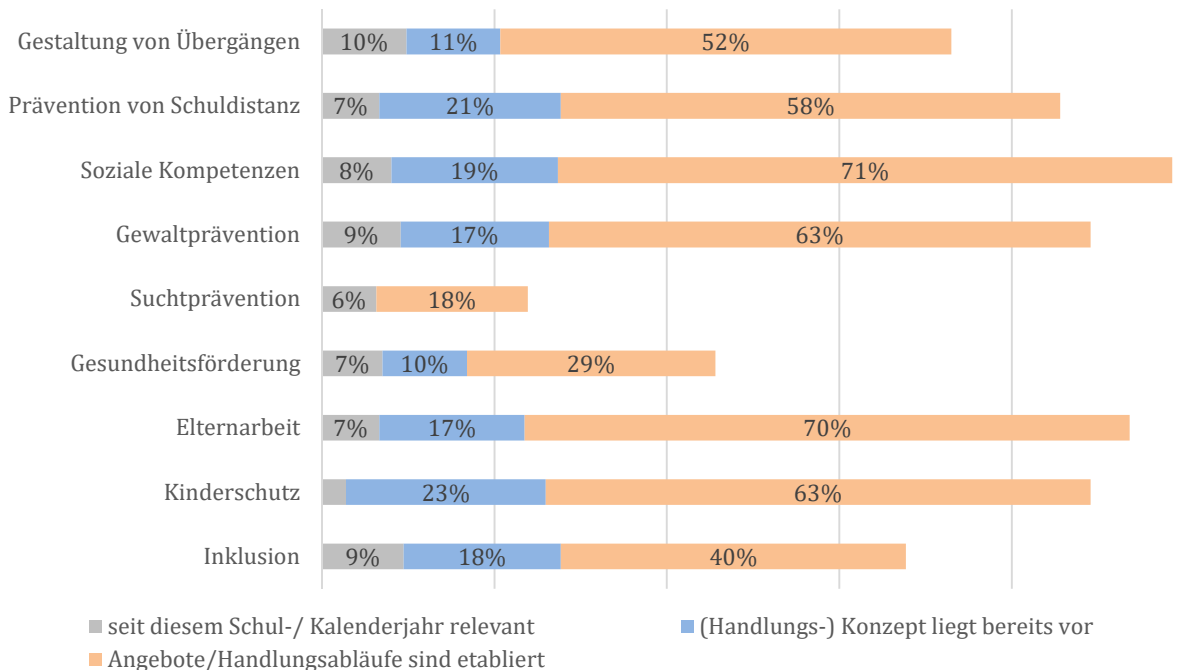
Die Prävention von Gewalt und die Arbeit rund um das Thema Kinderschutz wurden in jeweils 89 % der Projekte als relevant erachtet. Dabei ging es im Fall der Gewaltprävention beispielsweise um die Umsetzung von Klassentrainings oder um die individuelle Begleitung bei Mobbingvorfällen. Bei Kinderschutzfällen standen die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in engem Kontakt zum Jugendamt und bemühten sich um eine intensive Unterstützung der Familien.





**Einschätzungen der „Relevanz“ der Programmschwerpunkte pro Projekt (n = 285)**

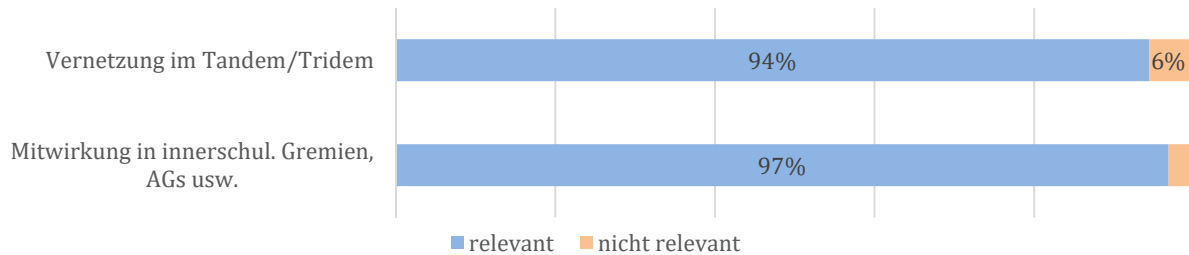
In vielen Bereichen wurden bereits Angebote oder Handlungsabläufe etabliert (siehe nachfolgende Grafik). Insbesondere im Rahmen der in den meisten Projekten als relevant bewerteten Themen „Soziale Kompetenzen“, „Gewaltprävention“ und „Elternarbeit“ treffen viele der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen diese Aussage.



**Einschätzungen des Umsetzungsstands der Programmschwerpunkte pro Projekt (n = 285)**

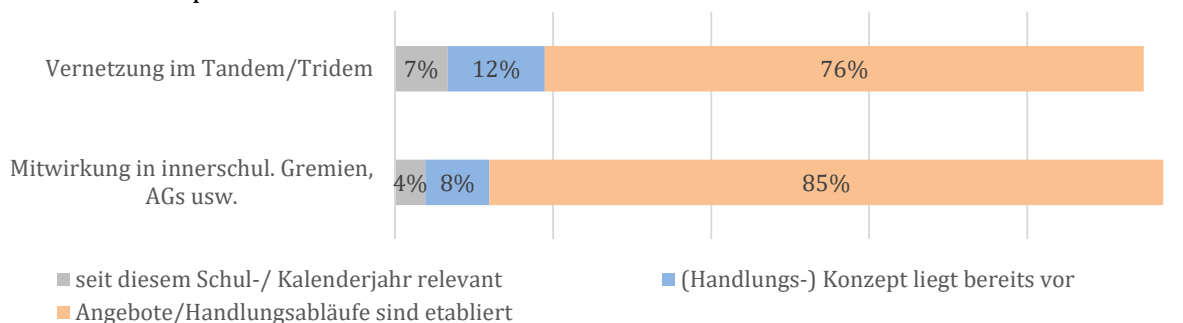
### Interne Vernetzung

Die interne Vernetzung wurde von den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen ebenfalls in fast allen Projekten als „relevant“ eingeschätzt, wie die folgende Grafik veranschaulicht. Die sehr hohen Werte spiegeln den Grundsatz und Standard des Programms der Jugendsozialarbeit als Kooperation von Schule und Jugendhilfe wider. Nur durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit im Kollegium kann die Jugendsozialarbeit in den einzelnen Projekten wirkungsvoll umgesetzt werden.



### Einschätzungen der „Relevanz“ der „internen Vernetzung“ pro Projekt (n = 285)

Die interne Kooperation zwischen den Professionen ist im Laufe der Jahre gewachsen und aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass sich in der überwiegenden Mehrheit der Projekte bereits etablierte Handlungsabläufe im Tandem/Tridem bzw. im Kollegium entwickelt haben. Nur wenige Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen geben an, dass diese Themen erst im Jahr 2017 eine Rolle spielten:



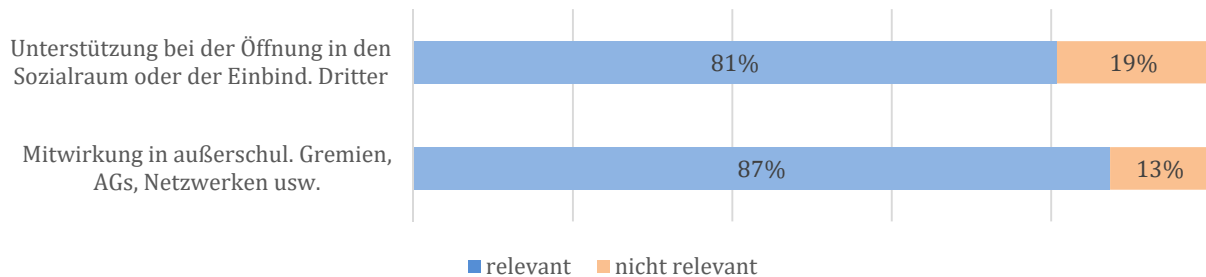
### Einschätzungen des Umsetzungsstands der „internen Vernetzung“ pro Projekt (n = 285)

Die folgende Übersicht beschreibt einige klassische Beispiele für die Umsetzung der internen Vernetzung an Schulen:

- Sprechstunden für Lehrkräfte und Erzieher/innen
- gemeinsame Teilnahme an Fortbildungen und gemeinsame Supervision
- gemeinsame Konzeptentwicklung mit Schulleitung, Abteilungsleitungen (an OSZ), Jahrgangsteams, Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen usw.
- Entwicklung von schulinternen Handlungsleitfäden bei Kinderschutzfällen/Schuldistanz
- festes Mitglied in Schulgremien (Klassenkonferenzen, Gesamtkonferenzen, Jahrgangsteams)

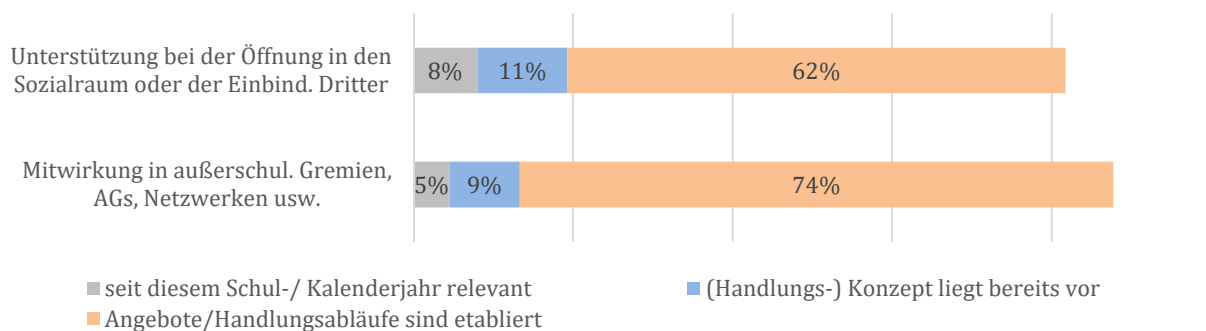
### Externe Vernetzung

Auch die Vernetzung mit außerschulischen Akteurinnen und Akteuren spielte in der Mehrheit der Projekte eine große Rolle und wurde dementsprechend als relevant eingeschätzt:



#### Einschätzungen der „Relevanz“ der „externen Vernetzung“ pro Projekt (n = 285)

Die Kooperationsbeziehungen außerhalb der Schule wurden von den meisten Projekten ebenfalls als gefestigt bzw. etabliert beschrieben. So nahm die Jugendsozialarbeit z. B. regelmäßig an regionalen Netzwerktreffen und AGs teil oder pflegte Kooperationen zu Vereinen und bezirklichen Einrichtungen (siehe nachfolgende Grafik). Hierdurch trug sie nicht nur zur Öffnung von Schule bei, sondern erweiterte auch die eigenen fachlichen und sozialräumlichen Kenntnisse und sicherte weitere notwendige externe Ressourcen für die Arbeit an den Schulen.



#### Einschätzungen des Umsetzungsstands der „externen Vernetzung“ pro Projekt (n = 285)

Klassische Beispiele für die Umsetzung der externen Vernetzung an den einzelnen Schulen finden sich in der folgenden Übersicht:

- Kooperationen mit Einrichtungen im Sozialraum (Sozialraum AG, Bildungsnetzwerke, Jugendfreizeiteinrichtungen, Kitas, Schulen, Jugendamt, andere Jugendhilfe-Träger, Quartiersmanagement)
- Netzwerkarbeit, Kontaktaufbau zu Unternehmen, anderen Schulen oder ehemaligen Schülerinnen und Schülern, Austausch und Entwicklung gemeinsamer Projekte, u. a. zum Übergang in oder von der Schule oder zur beruflichen Orientierung
- fachliche und inhaltliche Unterstützung von Angeboten der Jugendsozialarbeit durch externe Partner/innen (z. B. Schulpsychologie, Berufsberatung der Agentur für Arbeit, Polizei)
- Weiterentwicklung von Konzepten und Themen gemeinsam mit externen Fachkräften (z. B. Kinderschutz, Schuldistanz, Elternarbeit)

## 2.2 Jugendsozialarbeit an Grundschulen

Die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an den 137 Grundschulen im Landesprogramm formulierten für das Jahr 2017 in erster Linie Ziele, die die Förderung der sozialen Kompetenzen und die Prävention von Gewalt beinhalteten. Auch Elternarbeit und die Gestaltung von Übergängen, sowohl von der Kita in die Grundschulen als auch in die weiterführenden Schulen, spielten in den Zielformulierungen eine Rolle.

An einigen Schulen wurde eine steigende Gewaltbereitschaft der Schüler/innen schon ab der ersten Klasse konstatiert. In diesem Zusammenhang berichteten die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen von einer zunehmenden Komplexität der Vorfälle. Ging Gewalt in früheren Jahren eher von „Einzeltäterinnen und -tätern“ aus, so sind es mittlerweile eher Vorfälle, die ganze Gruppen oder Klassen betreffen. Etablierte Strukturen im Bereich des Sozialen Lernens konnten an dieser Stelle hilfreich sein, um mit den Schülerinnen und Schülern dazu ins Gespräch zu kommen und gemeinsam mit ihnen Lösungen zu entwickeln. Im Projekt an der Matibi-Grundschule (G113, 11G29) konnte der an vielen Grundschulen bereits eingeführte Klassenrat beispielsweise zur Klärung eines Mobbingfalls in einer vierten Klasse beitragen.

„Ein Hauptthema war die Situation einer Schülerin, die regelmäßig von einzelnen Schülerinnen gemobbt wurde [...]. Nachdem die Schülerin der Schule fernblieb und es auch zu psychosomatischen Anzeichen bei ihr kam, spitzte sich die Situation in der Klasse zu. In mehreren Klassenratssitzungen konnte die Auseinandersetzung mit dem Thema untereinander geführt werden, es wurden Lösungen von den Schülern gefunden und auch anschließend von ihnen umgesetzt. Die Schülerin kam wieder in die Schule und wurde im Klassenverband wieder aufgenommen und integriert“ (G113, 11G29).

Zu konkreten Fällen von Cybermobbing kam es im Jahr 2017 an einigen Schulen und entweder Eltern oder Kollegium signalisierten einen Informationsbedarf zu diesem Thema. Einige Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen nahmen deshalb entsprechende Fortbildungsangebote in Anspruch, organisierten Trainings für die Schüler/innen und luden Referentinnen und Referenten zu Elternabenden und in schulische Gremien ein.

U. a. an der Nahariya-Grundschule (G136, 07G35) war ein solcher Vorfall Thema. In einer sechsten Klasse tauschten sich einige Kinder über Mitschüler/innen in den sozialen Netzwerken in abwertender und diskriminierender Form aus. Bei dieser Gelegenheit wurde das Thema „Cybermobbing“ mit der Klasse diskutiert. Sie entwickelten zunächst Handlungskompetenzen, um Mobbing in der Klasse zu erkennen, und dann Lösungsstrategien, um Mobbingprozesse mit Unterstützung der Klassenlehrerin und der Sozialpädagogin zu beenden. Es entstand eine intensive Projektarbeit mit der Klasse, die vor allem auch die Verbesserung des Klassenklimas beinhaltete.

„Alle Schüler\*innen suchten sich ein Symbol für die aktuelle Klassensituation und äußerten sich dazu. Bei einem Kooperationsspiel kam es zum Konflikt zwischen mehreren Schüler\*innen. Bei der Reflexion wurde von allen die Regel ‚niemand wird beschuldigt oder abgewertet‘ eingehalten und die Klasse entwickelte anschließend ein Klassenziel ‚Wir gehen fair miteinander um‘ für den Umgang miteinander in den nächsten Schulwochen“ (G136, 07G35).

Es folgten Klassengespräche und einzelne Beratungsgespräche. Das Projekt hat nach Aussage der Klassenlehrerin dazu beigetragen, dass Schüler/innen sich frühzeitig meldeten und sich die Lage in der Klasse deutlich entspannte. Um Cybermobbing nachhaltig vorzubeugen, reicht eine einmalige Veranstaltung nicht aus. Als notwendig erwies sich hingegen, kontinuierlich mit den Schülerinnen und Schülern im Gespräch zu bleiben und auch das Gespräch mit den Eltern zu suchen. Dabei stellte sich heraus, dass Eltern von betroffenen Kindern kaum Kenntnis von deren Cyberaktivitäten hatten.

Angebote im Bereich des Sozialen Lernens mit einem strukturierten Ablauf und, wie im Fall des Klassenrats, mit einer klaren Rollenverteilung trainieren die eigenständige Konfliktklärung der Schüler/innen. Bestenfalls stärken sie ihr Verantwortungsbewusstsein, erweitern ihr Repertoire an Problemlösungsfähigkeiten und entwickeln ein Gemeinschaftsgefühl im Klassenverband.

An vielen Schulen ist das Soziale Lernen fest im Schulprogramm verankert. Auch Angebote wie die Konfliktlotsen-AG, Streitschlichter/innen oder die „Pausenbuddys“ werden regelmäßig in den Projekten durchgeführt bzw. von der Jugendsozialarbeit seit mehreren Jahren begleitet.

Wie umfassend Soziales Lernen an Schule gestaltet werden kann, zeigte sich z. B. im Projekt an der Leo-Lionni-Grundschule (G083, 01G45). Neben den bereits genannten Angeboten fanden hier in jedem Jahr zwei (Gewalt-)Präventionswochen statt, die der Auseinandersetzung mit den Themen Sicherheit, Gewalt, Fairness und den eigenen Ressourcen dienten. In Kooperation mit dem Präventionsbeauftragten der Polizei veranstaltete die Sozialpädagogin ein Projekt, in dem der Umgang mit Medien, Mobbing und Gewalt erörtert wurde.

Darüber hinaus führte die Sozialpädagogin im Jahr 2017 gemeinsam mit den Klassenlehrerinnen und -lehrern sowie einer Erzieherin in jeder 4. Klasse entweder ein „Soziales Training“ (nach Margot Wichniarz) oder das „Konfrontative Sozial-Kompetenz-Training“ (KSK-Training) durch. Da die Schüler/innen nach einer jahrgangsübergreifenden Schulzeit in den Klassenstufen eins bis drei zu diesem Zeitpunkt erstmals in einer altershomogenen Klasse zurechtkommen mussten, hat sich dieses Verfahren bewährt und konnte im Rahmen eines „Übergangskonzepts“ auch für die kommenden Jahre festgelegt werden.

Schüler/innen der Klassenstufen drei bis sechs konnten sich ebenso wie alle Lehrkräfte der ersten drei Klassenstufen zu „YoBEKA<sup>12</sup>-Trainer\*innen“ durch die Jugendsozialarbeit ausbilden lassen. Die gelernten Kenntnisse befähigten sie zur Anleitung von Übungen des „YoBEKA“-Programms, die sie nicht nur in der Schule, sondern auch beim Besuch von kooperierenden Kitas anwenden konnten.

Würdigung fand dieses breite Angebot in der Auszeichnung der Schule durch den „Helga-Moericke-Preis“<sup>13</sup> für Soziales Lernen. Die Kommission begründete ihre Auswahl mit der vorbildlichen und nachhaltigen Umsetzung des bestehenden Konzepts sowie der Demokratiebildung im schulischen Alltag. Besondere Erwähnungen erfuhren, neben den bereits genannten Angeboten, auch der Einsatz eines Schulbesuchshunds und das Projekt „BildungsBande“. In diesem Projekt ging es sowohl um die Gestaltung des Übergangs von der Kita in die Grundschule als auch um die Stärkung der sozialen Kompetenzen der Schüler/innen.

„Kinder der 4./5./6. Klassen unserer Schule gehen ehrenamtlich in die Kooperations-Kitas in unserem Umfeld, um mit jüngeren Kita-Kindern zu spielen, zu basteln, vorzulesen, YoBEKA-Übungen oder andere Projekte durchzuführen. [...] Unsere Grundschul Kinder übernehmen Verantwortung, lernen durch das eigene Handeln und nehmen sich als selbstwirksam wahr. [...] Kinder, die starke Konzentrationsprobleme haben, geben sich die allergrößte Mühe, konzentrieren sich, übernehmen Verantwortung und erleben dabei, dass sie gebraucht werden. Schüchterne Grundschul Kinder werden mutiger und trauen sich zu sprechen“ (G083, 01G045).

<sup>12</sup> Yoga, Bewegung, Entspannung, Konzentration und Achtsamkeit

<sup>13</sup> Verliehen von der „Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik“ unter Schirmherrschaft der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Sandra Scheeres. Preisträgerin war neben der Leo-Lionni-Grundschule auch die Kopernikus-Oberschule. Die beiden Schulen teilten sich das Preisgeld in Höhe von 2.000 Euro, das von der Senatsverwaltung bereitgestellt wurde.



### **Auszeichnung des Projektes BildungsBande mit dem „Helga-Moericke-Preis“ für Soziales Lernen**

Das mit der Auszeichnung einhergehende Preisgeld investierte die Schule in (Bastel-)Materialien für den „ZauberKoffer“, mit dem die Schüler/innen die Kitas besuchen.

An vielen Grundschulen sind die durch die Jugendsozialarbeit eingeführten und begleiteten Angebote vor allem im Rahmen des Sozialen Lernens mittlerweile unverzichtbar geworden. Oftmals signalisierte das Kollegium großes Interesse an Methodenkenntnissen in Bezug auf Präventionsangebote und die Verbesserung des Klassen- bzw. Schulklimas. Aus diesem Grund konnten in mehreren Projekten Schulungen der Lehrkräfte zur gewaltfreien Kommunikation umgesetzt werden.

Die hier vermittelten Kenntnisse wurden nicht nur für den schulischen Alltag mit den Schülerinnen und Schülern benötigt. Auch die Kommunikation mit Eltern gestaltete sich an vielen Schulen bisher schwierig. Aus einigen Projekten berichteten die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, dass die Problemlagen der Familien vielschichtig waren. Sie reichten von finanziellen Sorgen, beengten Wohnverhältnissen, ungeklärtem Aufenthaltsstatus bis hin zu psychischen Erkrankungen und Traumatisierungen.

Diese komplexeren Zusammenhänge stellten die Schulen, aber auch die Jugendsozialarbeit vor neue Herausforderungen, die sie nur in Kooperation bewältigen konnten.

Insbesondere im Rahmen von Zielsetzungen, die die Anfertigung bzw. die Überarbeitung von Konzepten oder Curricula beinhalten, fand eine konstruktive Auseinandersetzung im Kollegium oder im Tridem mit der eigenen Haltung, den vorhandenen Strukturen sowie der Zusammenarbeit statt. Im Zuge dessen wurde vor allem auch eine verbesserte Kommunikation zwischen den Professionen hervorgehoben.

Eine Voraussetzung für die gute Zusammenarbeit an Schule ist die Beteiligung der Jugendsozialarbeit an allen innerschulischen Gremien und Arbeitsgemeinschaften sowie eine feste Tridemstruktur. Häufige Personalwechsel an den Schulen erschwerten diese Prozesse zunehmend. Einige Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen thematisierten in diesem Zusammenhang einen „Generationenwechsel“, andere benannten die Herausforderungen, die mit der Einstellung von Quereinsteigerinnen oder Quereinsteigern einhergehen. So mussten z. B. Absprachen, die über Jahre hinweg fest im Kollegium implementiert waren, neu verhandelt werden. Dies hatte zur Folge, dass die Jugendsozialarbeit immer wieder Informationsarbeit leistete und sich auch in den verschiedenen innerschulischen Gremien neu behaupten musste.

Aus den meisten Projekten wurde von einem Mangel an zeitlichen Ressourcen berichtet. Eine Stelle zur Umsetzung der Jugendsozialarbeit reichte an den wenigsten Standorten aus, um die anfallenden Aufgaben bewältigen zu können. Der schulische Alltag forderte den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen ein hohes Maß an Flexibilität und eine ständige Prioritätenprüfung ab. Häufig standen Konflikte, Krisen und (Hilfe-)Konferenzen den geplanten Angeboten entgegen, z. B. im Rahmen des Sozialen Lernens. Außerdem blieb zu wenig Zeit, um einen Vertrauensaufbau zu einzelnen Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie im Kollegium zu bewerkstelligen.

Hinzu kamen an einigen Schulen ein Mangel an geeigneten Räumlichkeiten und die beschriebene Fluktuation im Kollegium, die die Arbeit zusätzlich erschwerten. Auch die Unterbesetzung des Jugendamts und die damit verbundene fehlende Erreichbarkeit der Ansprechpartner/innen waren an vielen Schulen deutlich zu spüren.

Umso wichtiger ist die verlässliche und kontinuierliche Unterstützung durch die Jugendsozialarbeit an der Schule und die Verstärkung der Kooperation auch mit außerschulischen Fachkräften und weiterführenden Hilfseinrichtungen.

### 2.3 Jugendsozialarbeit an Integrierten Sekundarschulen

Im Berichtsjahr 2017 wurde an 61 Integrierten Sekundarschulen das Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ umgesetzt. Die Projekte zeichneten sich in der Mehrzahl durch eine sehr lange Projektlaufzeit aus. 40 Schulen sind bereits seit Beginn des Programms im Jahr 2006 beteiligt. Die Arbeitsstrukturen vor Ort sind dementsprechend etabliert und viele Projekte der Jugendsozialarbeit haben gemeinsam mit den Schulen strukturell wirksame und abgestimmte Handlungsweisen und Strategien entwickelt. Dies findet sich auch in der Beschreibung der Entwicklungsziele für das Jahr 2017 wieder.

Die häufigsten Schwerpunktthemen waren auch im Jahr 2017 die Stärkung sozialer Kompetenzen, die Vermeidung bzw. Verringerung von Schuldistanz und die Prävention von Gewalt.

Im Bereich Stärkung sozialer Kompetenzen formulierten die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen gemeinsam mit den Schulen vor allem Ziele, die die (Weiter-)Entwicklung von Gruppenangeboten verfolgten. Ziele für die einzelfallbezogene Arbeit wurden nur selten formuliert und waren dann in der Regel für die Arbeit an der gesamten Schule von Bedeutung. So formulierte die Jugendsozialarbeit beispielsweise gemeinsam mit der Schulleitung Standards für das abgestimmte Handeln zwischen Lehrkräften und Jugendsozialarbeit im Vorfeld von Klassenkonferenzen. Diese konnten durch den systematischen Einbezug der Eltern und Jugendlichen im Vorfeld qualitativ deutlich verbessert werden:

„Die Schulleitung hat das Vorgehen, Elterngespräche in den Fokus der Interventionen zu setzen, mit einem Leitfaden für Klassenkonferenzen festgelegt. Dieser Leitfaden sieht verbindliche Vorgespräche mit Kind und Eltern vor, in denen Schwierigkeiten benannt und Lösungsvorschläge formuliert werden. Diese Gespräche wurden von der Jugendsozialarbeit begleitet, Vorgespräche mit den Kindern ggf. alleine in der Beratungszeit durchgeführt. [...] Letztlich verlaufen die Klassenkonferenzen, sofern sie dann doch noch

stattfinden, u. E. wesentlich partizipativer. Eltern und Schüler\*innen beteiligen sich durch Wortbeiträge, was gerade für die Fachlehrer\*innen die Möglichkeit bietet, sich in die Situation des Kindes einzudenken. Hierfür gab es sehr positives Feedback“ (K010/2, 08K11).

Überwiegend versuchten die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen die sozialen Kompetenzen mit Gruppenangeboten zu stärken, in denen die Schüler/innen gemeinsam modellhaft Regeln des sozialen Miteinanders übten oder schwierige Ereignisse in der Klasse bzw. Gruppe reflektierten und aufarbeiteten. Die konkrete Umsetzung gestaltete sich dabei äußerst vielfältig. Die Jugendsozialarbeit machte Angebote im Klassenverband oder nutzte peer-education-Ansätze in speziellen Projekten. Sie arbeitete mit konfrontativen als auch partizipativen Methoden mit den Schülerinnen und Schülern. Sie unterstützte bei der Etablierung neuer Projekte in den Schulen oder entwickelte bestehende fort. Hierfür haben die Fachkräfte auf bewährte Programme wie das „FairPlayer-Manual“ oder den „Lernrat“ zurückgegriffen oder entwickelten eigene Curricula für die Arbeit mit den Jugendlichen. Die Angebote fanden in den Schulen, aber auch im Theater, im Wald, auf dem Fußballplatz oder an der Kletterwand statt. Die häufigsten Formen hierbei waren die Durchführung von Einheiten des Sozialen Lernens in aufeinander aufbauenden Modulen oder die Einführung des Klassenrats.

Für den Klassenrat übernahm die Jugendsozialarbeit nicht selten die Rolle der „Anstoßerin“, indem sie vor allem die Einführung gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern ermöglichte. Die weitere Umsetzung verblieb in den Händen der Schüler/innen und der Klassenlehrkraft. Der Klassenrat spielt an vielen Schulen eine wichtige Rolle als erstes und wichtigstes Element, um ein positives Klassen- und Schulklima von Beginn an mit dem Übergang der Schüler/innen an die Oberschule zu gestalten:

„Bei der Einführung des Klassenrates in den 7. Klassen wurden die Ziele und Möglichkeiten sowie der Ablauf des Gremiums vorgestellt. Es wurden mit den Schüler\*innen gemeinsam Regeln zum Umgang miteinander erarbeitet und kommunikative Fähigkeiten (gegenseitiges Zuhören, ein Thema genau benennen und Zusammenhänge darstellen, Pro- und Kontraargumente zu finden, sachliche Argumentation) sowie soziale Fähigkeiten (gegenseitige Rücksichtnahme, Aushalten von Frustration, Umgang mit Konflikten) gefördert“ (K046/2, 01K07).

Im Gegensatz hierzu wurde das Soziale Lernen meist von den Fachkräften in den Projekten selbst durchgeführt:

„Es wurden in jeder 7. Klasse jeweils 10 Bänder (je 80 min) Soziales Lernen durchgeführt. Eine positive Entwicklung der neuen Klassengemeinschaften an der Sekundarstufe konnte mit diesem Angebot kontinuierlich unterstützt und gefördert werden. Mit der gezielten Auswahl geeigneter Kooperationsübungen für die einzelnen Klassen und ihre ressourcenorientierte Anleitung durch die Schulsozialarbeiterin war der Blick stets auf die Stärken der Schüler\*innen gerichtet. Durch die erfolgreiche Durchführung verschiedener Kooperationsaufgaben konnte das Selbstvertrauen der Schüler\*innen gestärkt und auch produktiver Spaß und Freude beim Entwickeln von Lösungsstrategien in den Klassenteams erzeugt werden“ (K043, 07K12).

Diese präventiven Angebote der Jugendsozialarbeit waren dann häufig Teil eines gesamtschulischen Konzepts, das verschiedene aufeinander aufbauende Elemente miteinander verband. Die Schule wurde für die Jugendlichen als Ort erlebbar, den sie angeleitet aktiv mitgestalten können und an dem sie bei der Übernahme von Verantwortung für sich und andere unterstützt werden:

„In den 7. Klassen können sich SchülerInnen freiwillig melden, um das Spielmobil (Spielgeräte, Fußbälle etc.) in den Hofpausen zu betreiben und Selbstverantwortung lernen. Die gleichen SchülerInnen lassen sich in der 8. Klasse als Paten für die 7. Klassen ausbilden und können so Verantwortung für andere übernehmen üben. In der 9. Klasse sollen sie sich als MediatorInnen ausbilden lassen und dürfen dann in den Hofpausen selbstständig Konflikte von Mitschülern lösen. In der 10. Klasse gehören sie dann zum

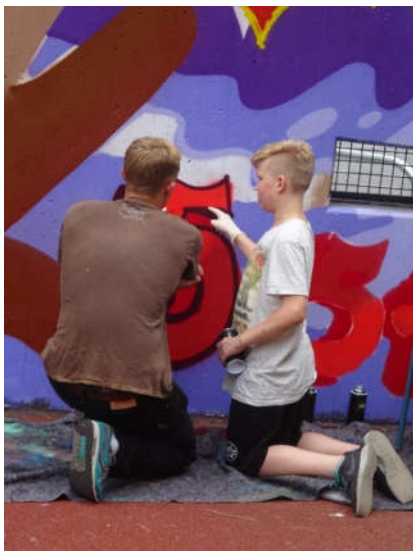


Deeskalationsteam [...] und sollen für Sicherheit und Ordnung in der Schule beitragen und als Ansprechpartner gelten [...].

Die Paten der 8. Klassen gestalten, angeleitet und begleitet von den SozialarbeiterInnen, auch den Übergang Grundschule/Oberschule mit, indem sie die 6. Klassen einer Partnergrundschule besuchen und Rede und Antwort stehen, was die GrundschülerInnen an der Oberschule erwartet“ (K014, 12K07).

Die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen setzten vielfältige Methoden ein, um die Schüler/innen an der Gestaltung ihrer Lebenswelt an der Schule zu beteiligen und gleichzeitig die Fähigkeiten, sich in Gruppen abzustimmen, zu trainieren. Beispielhaft hierfür ist das folgende Projekt, das im Rahmen einer Kunstwoche umgesetzt wurde:

„Die Schülerinnen und Schüler des Workshops waren unglaublich stolz auf ihr gemeinschaftliches Werk, das nun für jeden Besucher der THG sichtbar ist – und das zu Recht. Ein besonders beeindruckender Moment im Rahmen des Projekts war die Arbeit an den Graffiti Alphabeten. Alle SchülerInnen waren so konzentriert bei der Arbeit, dass sie "vergaßen", eine Pause zu machen und auf die Nachfrage diesbezüglich erwiderten, dass sie lieber weitermachen würden, wenn dies in Ordnung sei. Viele der teilnehmenden SchülerInnen waren zuvor im Unterricht häufig durch mangelnde Konzentration aufgefallen oder durch wiederholte Unterrichtsstörungen“ (K059, 01K10).



**Schüler/innen gestalten eine Wand des Sportplatzes im Rahmen der Kunstprojektwoche**

Gewaltprävention haben die Fachkräfte zwar häufig als Schwerpunktziel genannt, spezielle Angebote mit unmittelbarem und ausschließlichem gewaltpräventivem Fokus führten sie aber nur vereinzelt durch. Hierunter ist u. a. die Ausbildung und Begleitung von Streitschlichterinnen und -schlichtern zu nennen oder die Kooperation mit den Präventionsbeauftragten der Berliner Polizei. Häufiger wurden von den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen gezielte Projektstage, Projektwochen oder Workshops zur Prävention von Mobbing zwischen den Schülerinnen und Schülern durchgeführt. Mit den Angeboten wurden die Jugendlichen möglichst frühzeitig für Mobbing-Prozesse in der Klassengemeinschaft sensibilisiert:

„Die Schüler\*innen der 7. Klassen wurden durch die Projektstage umfassend zum Thema Mobbing informiert und für das Thema Mobbing sensibilisiert. Nachdenklichkeit und Empathie für von Mobbing Betroffene konnten bei den Schüler\*innen geweckt werden. Im Berichtszeitraum wandten sich zwei von Mobbing betroffene Schüler\*innen selbstständig (in einem Fall) an ihren Klassenlehrer und (in dem anderen Fall) an die Schulsozialarbeit. Somit konnten Unterstützungsmaßnahmen relativ frühzeitig

interdisziplinär (Klassenleitung, Schulsozialarbeit) entwickelt und durchgeführt werden. Dadurch konnte die Situation für beide Schüler\*innen positiv verändert werden. Es erfolgten durchweg positive Rückmeldungen von Schüler\*innen und Lehrer\*innen zu den Projekttagen“ (K043, 07K12).

Die Prävention von Schuldistanz war auch im Berichtszeitraum 2017 ein wesentliches Aufgabengebiet der Jugendsozialarbeit an Integrierten Sekundarschulen. Die Arbeit der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen war auch hier meist eingebunden in ein gesamtschulisches Vorgehen. Die konkreten Aufgaben der Jugendsozialarbeit waren jedoch sehr unterschiedlich und angepasst an den Bedarf vor Ort. Häufig übernahm die Jugendsozialarbeit die Begleitung und Unterstützung der Schüler/innen und ihrer Eltern in Form von einzelfallbezogenen Beratungsangeboten. Hierbei spielte sowohl die innerschulische Vernetzung mit den Lehrkräften als auch die Kooperation mit außerschulischen Partnerinnen und Partnern (z. B. SIBUZ<sup>14</sup>, Jugendamt, klinische Ambulanzen, externe Beratungsangebote, Schulersatzprojekte) eine entscheidende Rolle für ein gelingendes Hilfsangebot. Die Jugendsozialarbeit wirkte aber ebenso bei der Erhebung und Auswertung der Fehlzeiten als Grundlage für Interventionen, beim Kontakt zu den Eltern oder bei der Entwicklung oder Einführung von Standortkonzepten in Form von Ablaufplänen oder Handlungsleitfäden mit:

„Den Sozialpädagog\*innen und Lehrer\*innen wurde der "Handlungsleitfaden zum Umgang mit Schuldistanz" zur Verfügung gestellt und es wurde auch entsprechend mit diesem gearbeitet. Die Schulsozialarbeit unterstützte die Lehrer\*innen dabei die formalen Kriterien zur Stellung einer Schulversäumnisanzeige zu erfüllen [...]. Es wurde deutlich, dass der Handlungsleitfaden den Lehrer\*innen eine größere Handlungskompetenz in ihrer Vorgehensweise vermittelte und der Umgang mit Schuldistanz nach einiger Zeit reibungsloser von statten ging“ (K035, 02K05).

Die Einführung von Standards stellte im Berichtszeitraum dennoch eher eine Ausnahme dar. Für lediglich ein Zehntel der Projekte war die Prävention von Schuldistanz erst seit dem Jahr 2017 von Relevanz für die eigene Arbeit. In allen übrigen Projekten waren Handlungskonzepte bereits entwickelt (13 Projekte) oder Handlungsabläufe bereits etabliert (42 Projekte). Dennoch arbeitete die Jugendsozialarbeit kontinuierlich an der weiteren Verbesserung in diesem Bereich und formulierte in der Hälfte der Projekte auch für das Jahr 2017 Entwicklungsziele, die in der Prävention von Schuldistanz lagen.

Übergreifend beschrieben die Fachkräfte die Rahmenbedingungen an den Schulen als vermehrt herausfordernd bzw. schwierig. Von der Jugendsozialarbeit wird hierbei insbesondere auf die ungenügende Personalsituation der Schulen aufgrund von Krankheit oder Fluktuation und die daraus folgende potentielle Überlastung der Lehrkräfte hingewiesen. Auch die Anforderungen einer gelingenden Arbeit mit geflüchteten Schülerinnen und Schülern im „Regelschulbetrieb“ oder mit Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarf wurden vor diesem Hintergrund als kritisch von den Fachkräften eingeschätzt. Im Bereich der Kooperation mit außerschulischen Partnerinnen und Partnern wurde vor allem die schwierige Erreichbarkeit der Jugendämter als entscheidender hemmender Faktor von einigen Projekten benannt.

Die Fachkräfte berichten insgesamt aber von positiven und durchaus auch messbaren Gesamtentwicklungen an einzelnen Schulen, wie der Zunahme des Engagements der Schüler/innen in Projekten, der Abnahme von Gewaltvorfällen oder steigenden Anmeldezahlen. Auch die Kooperation und Kommunikation mit den schulischen Partnerinnen und Partnern (Lehrkräften, Schulleitungen) wird von einigen Projekten als verbessert bzw. vertieft eingeschätzt.

<sup>14</sup> Schulpsychologisches und Inklusionspädagogisches Beratungs- und Unterstützungszentrum

## 2.4 Jugendsozialarbeit an Förderzentren

Im Folgenden werden zunächst die Ergebnisse der Jugendsozialarbeit an Schulen mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkten im Jahr 2017 insgesamt dargestellt. Aufgrund der besonderen Projektform als Arbeit in Schulverbänden werden die Entwicklungen an Förderzentren mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung im Anschluss separat berichtet.

Im Jahr 2017 wurde an 30 Förderzentren<sup>15</sup> Jugendsozialarbeit speziell für die Zielgruppe der Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf umgesetzt. Im Fokus der Arbeit stand dabei weiterhin die Unterstützung der Schüler/innen im Bereich Förderung sozialer Kompetenzen. Weiterentwicklungen in diesem Bereich waren im Jahr 2017 das am häufigsten von Schule und Träger gewählte Schwerpunktziel für die Jugendsozialarbeit. Die Arbeit an den Themenfeldern „Gestaltung von Übergängen“ und „Gewaltprävention“ war ebenfalls von hervorgehobener Bedeutung in den Projekten und wurde am zweithäufigsten als Ziel benannt.

Hierbei ist anzumerken, dass insbesondere der Schwerpunktbereich der Gewaltprävention häufig in Kombination mit anderen Zielen (z. B. der Verbesserung der sozialen Kompetenzen) in den Projekten als Ziel formuliert wurde. Die Schüler/innen zu gewaltfreien Kommunikationsformen anzuleiten wurde von den Fachkräften daher oft mit der einzelfallbezogenen Arbeit verbunden. Aber auch gezielte Gruppenangebote für Eltern, Schüler/innen oder gemeinsam mit dem gesamten Schulkollegium wurden im Jahr 2017 von den Fachkräften durchgeführt. Es wurden Cyberlotsen ausgebildet und die Materialien hierfür standardisiert, Elternworkshops zum Umgang mit neuen Medien angeboten oder das „Faustlos“-Programm gemeinsam mit den Lehrkräften an der Schule neu eingeführt (S026/2, 04S04 und 04S05).

Die Übergangsgestaltung vor allem in weiterführende Schulen oder Ausbildung war auch im Jahr 2017 ein wichtiger Arbeitsbereich der Jugendsozialarbeit an Förderzentren. Überwiegend knüpften die Fachkräfte an die bereits gemeinsam mit den Schulen abgestimmten Angebotsformen an und entwickelten diese weiter. Die intensive individuelle Begleitung der Schüler/innen bei der Suche einer Anschlussperspektive und der Entwicklung von vorberuflichen Handlungskompetenzen stand dabei im Fokus. Dies fand stets eingebunden in ein breites und umfassendes Netzwerk an Kooperationspartnerinnen und -partnern statt, das von den Fachkräften sinnvoll ergänzt oder erweitert wurde. Die Jugendsozialarbeit bemühte sich auch um eine möglichst frühe und umfassende Information der Schüler/innen und organisierte Workshops zur Potentialanalyse oder eine schuleigene Berufsmesse, Exkursionen und/oder Hospitationen in Betriebe, Werkstätten oder weiterführende Schulen. An einer Schule berichteten ehemalige Schüler/innen an einem „Azubitag“ (S028, 08S08) von ihren Erfahrungen in der Berufswelt. Aber auch das Ankommen der Schüler/innen an der Schule wird durch die Jugendsozialarbeit begleitet und beispielsweise auch die Eltern mit einem Seminar „Mein Kind ist neu an der Schule“ von Beginn an eingebunden (S017, 06S05).

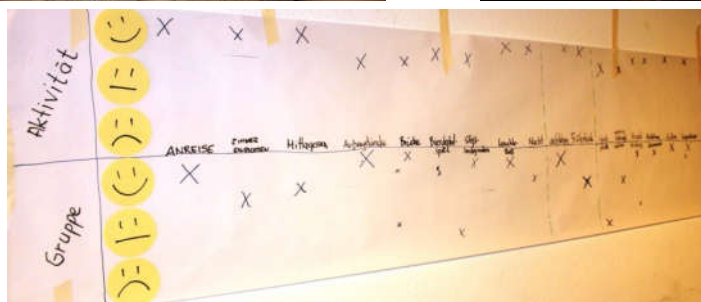
Die Umsetzung der Ziele zur Verbesserung der sozialen Kompetenzen der Schüler/innen war in den Projekten im Jahr 2017 gekennzeichnet von einer enormen Vielfalt an Themen und Methoden. Die Jugendsozialarbeit arbeitete mit einzelnen Schülerinnen und Schülern in regelmäßigen, aufeinander aufbauenden Terminen oder in offenen Sprechstunden, mit Elementen der tiergestützten Pädagogik oder in Gruppensettings mit vielfältigen erlebnispädagogischen Anteilen in Klettergärten oder auf Segelausflügen. Die Fachkräfte hielten sowohl niedrigschwellige Angebote vor, sie kochten, tanzten, malten, musizierten, gärtnernten oder joggen mit den Schülerinnen und Schülern und führten gleichwohl für Schülergruppen strukturierte, modulare Workshops, Seminare oder Trainings zum Sozialen Lernen durch:

<sup>15</sup> Davon 29 Förderzentren und ein Schulpsychologisches und Inklusionspädagogisches Beratungs- und Unterstützungszentrum .

„Themenschwerpunkte waren Bedürfnisse, Gefühle, Glück, Strafrecht, Jugendgerichtshilfe, Mobbing, Biografiearbeit, Praktika und Berufswahl, Kooperative Spiele, Klassenrat. Das Soziale Lernen wurde genutzt um akute Konflikte zu klären und bei Mobbing zu intervenieren“ (S026/2, 04S04).

Die Gruppenfahrt „Teamgeist“ in einem Projekt verdeutlicht eingängig die Verbindung zwischen dem Erwerb sozialer Kompetenzen in Gruppen und entsprechenden gewaltpräventiven Effekten. Die Jugendsozialarbeit hatte gemeinsam mit der Schule die Erarbeitung und Einführung eines Mobbing-Moduls für das Soziale Lernen der 8. Klasse in der Zielvereinbarung verabredet, da Gruppenklima und -prozess sich schwierig gestalteten. In den vorbereitenden Planungen der Jugendsozialarbeit mit den Klassenlehrkräften wurde deutlich, dass das Ziel der Verbesserungen im Gruppenzusammenhalt eher „durch positive Gruppenerlebnisse“ (S021/2, 09S06) erreicht werden kann, als durch inhaltliches Arbeiten zum Thema Mobbing. Die Jugendsozialarbeit organisierte daher gemeinsam mit der Klassenlehrkraft eine dreitägige Gruppenfahrt, in der „erlebnispädagogische Angebote und Workshops zur Reflexion der stattfindenden Gruppenprozesse und dem Finden neuer Formen des Miteinanders“ (S021/2, 09S06) genutzt wurden. Während der Projektfahrt wurde mit den Jugendlichen zum Umgang mit Beleidigungen und Feedbackregeln oder an der Einführung des Klassenrats gearbeitet. Durch die Verbindung von Workshoparbeit und Gemeinschaftserlebnissen entstand ein andauerndes positives Gruppengefühl in der Klasse, das die Klassenlehrkraft wie folgt schilderte:

“In den gemeinsamen Veranstaltungen auf der Fahrt achteten die Schüler mehr auf ihren Umgang miteinander, z. B. auf Rücksichtnahme, Respekt und Hilfsbereitschaft, was anfangs sehr schwer war. Es wurden gemeinsam ausgearbeitete Regeln erstellt, die wir auch jetzt weiter in der Klasse leben und wertschätzen. Das „WIR“ in der Gruppe, also unser gemeinsames Zusammenleben hat sich qualitativ stark verbessert. [...] Durch solche Projektfahrten wird die Klassengemeinschaft gestärkt und negative Verhaltensweisen können korrigiert und gelenkt werden. Uns hat diese Projektfahrt sehr geholfen unsere Konflikte besser zu erkennen und mit diesen umzugehen“ (S021/2, 09S06).



**Ergebnisse der Projektfahrt „Teamgeist“:  
Gruppengemälde, Verbrennen von Beleidigungen, Feedback der Schüler/innen**

Zusammenfassend wurden von den Projekten an Förderzentren einige herausfordernde bzw. kritische Entwicklungen für das Jahr 2017 berichtet. Dies reichte von vereinzelt schwierigen äußeren Rahmenbedingungen wie sanierungsbedingter Raumnot bis hin zu neuen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Cybermobbing. Mehrere Fachkräfte berichteten zudem davon, dass mehr Kinder und Jugendliche mit komplexerem oder multiplem Unterstützungsbedarf die Förderzentren besuchten, was in der Folge zu intensiverer Krisen- und Einzelfallarbeit und zu weniger Zeit für präventive Angebote führte. Die Einordnung dieses Phänomens als Teil gesellschaftlicher Veränderungen oder als Folge zunehmender Spezialisierung der Förderzentren im Rahmen der inklusiven Schulentwicklung wurde von den Fachkräften uneinheitlich getroffen. In diesem Zusammenhang wurde auch der teilweise geringe Stellenumfang der Projekte als Herausforderung skizziert. Auf der inhaltlichen Arbeitsebene fiel das Resümee der Fachkräfte hingegen sehr positiv aus. Die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen berichteten häufig von einer Verbesserung der innerschulischen Zusammenarbeit mit Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern. Die Angebote der Jugendsozialarbeit sind gut an den Schulen etabliert, die Jugendsozialarbeit konnte mit ihren Anregungen das Schulleben aktiv mitgestalten und die einzelfallbezogene Arbeit mit den Lehrkräften (teilweise in gemeinsamen Supervisionen) gestaltete sich intensiv.

Seit dem Jahr 2016 werden auch 15 Förderzentren mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung durch Jugendsozialarbeit im Bereich der beruflichen Orientierung unterstützt, die sich vier Stellen teilen. Die Umsetzung der Projekte erfolgte in Schulverbänden unterschiedlicher Größe (bis zu vier Schulen in einem Verbund) oder z. T. an Einzelschulen. Inhaltlicher Schwerpunkt der Jugendsozialarbeit war auch im Jahr 2017 die Unterstützung der Schulen und die Begleitung der Jugendlichen am Übergang von der Schule in den Beruf. Aufbauend auf den im Vorjahr erarbeiteten Grundlagen und Kooperationsbeziehungen mit den Schulen und eingebettet in das schulische Übergangsmanagement, arbeiteten die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen vor Ort sehr erfolgreich. Bis auf wenige Einzelfälle gelang fast allen Schülerinnen und Schülern der Übergang in eine geeignete Werkstatt für behinderte Menschen. Die Jugendsozialarbeit konnte diesen Prozess zusätzlich qualifizieren, in dem sie zum einen die Netzwerke zu den relevanten Partnerinnen und Partnern (Werkstätten, Reha-Abteilung der Arbeitsagentur, Jugendamt, Beratungsstellen etc.) enger knüpfte, die Schüler/innen in Praktika begleitete und einzelfallbezogen Schüler/innen und Eltern intensiver unterstützte und begleitete:

„Die Schulsozialarbeiterin organisierte für mehrere Schulklassen einen Schnuppertag in unterschiedlichen Werkstätten, wo sich den Schüler/innen die Möglichkeit bot, verschiedene Tätigkeiten in einem Arbeitsbereich auszuprobieren. Des Weiteren unterstützte sie die Schüler/innen bei der Suche nach einem geeigneten Praktikumsplatz in Fördergruppen, Werkstätten, weiterführenden Schulen oder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Einige Schüler/innen wurden beim Erstellen ihrer Bewerbungsunterlagen unterstützt. Mit den 11. Klassen fanden zu Beginn des Schuljahres wieder die Berufswegekonferenzen statt, in denen bereits absolvierte Praktika ausgewertet wurden, Unterstützungsbedarfe geklärt und über mögliche Perspektiven nach der Schulzeit gesprochen wurde. In den zehnten Klassen fanden zusätzlich Orientierungs- und in den zwölften Klassen Abschlussgespräche mit den Eltern statt, an denen die Schulsozialarbeiterin ebenfalls teilweise beteiligt war“ (Z105).

Darüber hinaus machten die Fachkräfte den Jugendlichen verschiedene Kontaktangebote, um Vertrauen für den anschließenden Beratungsprozess aufzubauen, und begleiteten Schüler/innen auf Exkursionen, z. B. in den Hochseilgarten oder ins Theater. Die Jugendsozialarbeit arbeitete mit den Schülerinnen und Schülern auch an der Verbesserung personaler Kompetenzen. In Form von einzelfallbezogener Unterstützung, modular mit Einheiten des Sozialen Lernens oder projektbezogen in Film- und Graffiti-Workshops.

Die Fachkräfte berichteten allerdings auch von schwierigen bzw. herausfordernden Bedingungen in den Projekten. Am häufigsten wurde dabei die Arbeit an mehreren Schulen mit

den geringen Stellenanteilen der Verbundprojekte genannt. So fand die Jugendsozialarbeit schwierige äußere Arbeitsbedingungen vor, wie lange Wegezeiten zwischen weit auseinander liegenden Schulen, schwierige Terminabsprachen und fehlende eigene Räumlichkeiten in einzelnen Schulen im Verbund. Aber auch der Aufbau einer Vertrauensbeziehung zu den Schülerinnen und Schülern war durch die nur tageweise Anwesenheit der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sehr erschwert. Insgesamt sahen die Schulen und Fachkräfte den Bedarf an sozialpädagogischer Unterstützung, vor allem auch in weiteren Themenfeldern wie der klassischen Einzelfallarbeit oder der Elternarbeit, die mit den vorhandenen Ressourcen der Verbundprojekte bisher nicht abgedeckt wurden.

Trotz dieser herausfordernden Ausgangsbedingungen berichtete die Jugendsozialarbeit über gute und vertrauensvolle Kooperationsbeziehungen mit den Schulen und Lehrkräften und konnte wie oben geschildert mit den Beteiligten vor Ort in einer kurzen Projektlaufzeit gute Ergebnisse für die Schüler/innen erreichen.

## 2.5 Jugendsozialarbeit an Gymnasien

Auch im Jahr 2017 wurde Jugendsozialarbeit an zehn Gymnasien umgesetzt. Somit zählen die Gymnasien weiterhin zu der am wenigsten vertretenen Schulart im Landesprogramm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“.

Laut der Anträge für das Jahr 2017 stellte die Stärkung der sozialen Kompetenzen eines der wichtigsten Ziele der Jugendsozialarbeit an den programmteilnehmenden Gymnasien dar. Hier blieb der Schwerpunkt der Arbeit im Bereich Partizipation und Prävention im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Jedoch fällt auf, dass die einzelnen umgesetzten Angebote thematisch teilweise einen anderen Fokus im Vergleich zum Jahr 2016 setzten. So spielte die Stärkung der Medienkompetenzen in sieben von zehn Projekten eine übergeordnete Rolle. Daraus lässt sich schließen, dass hierfür an den programmteilnehmenden Gymnasien ein besonderer Handlungsbedarf bestand. In einem Projekt wurde beispielsweise der geplante Inhalt für die Einheiten des Sozialen Lernens, aufgrund von aktuellen Problemen im Umgang und Verhalten in Klassenchats, angepasst. Nachdem über die sozialen Medien vermehrt unangemessene Äußerungen von Schülerinnen und Schülern verbreitet wurden, entschied sich die Schulleitung in gemeinsamer Beratung mit der Jugendsozialarbeit und dem gesamten Kollegium hierzu von Seiten der Schule Stellung zu beziehen. An einem Aktionstag im März 2017 bearbeiteten die vorab geschulten Lehrkräfte in allen Klassen das Thema „Umgang mit sozialen Netzwerken, Gefahren, Risiken und Chancen“ mit den Schülerinnen und Schülern.

„Die Schulsozialarbeit hat in Kooperation mit dem Team des Ganztages diesen Prozess organisiert, strukturiert und bei der Durchführung mitgewirkt. Die Schüler\*innen haben gemerkt, dass sie in ihrer medialen Welt ernst genommen werden und ein Austausch darüber sehr wichtig ist, um ihnen Orientierung und Halt geben zu können“ (Y007/2, 12Y01).

Die Erarbeitung eines Verhaltenskodex zum Thema „Verhalten im Netz und Umgang in Klassenchats“, den eine Arbeitsgruppe der Schülervertretung mit Unterstützung der Jugendsozialarbeit entwickelte, rundete die Aktion ab.

Auch das Einbeziehen der Eltern wurde, wie auch in anderen Projekten, sehr ernst genommen. Durch Informationsveranstaltungen, Fachvorträge oder auch im Rahmen von Elterncafés wurden die Erziehungsberechtigten zum Thema Umgang mit neuen Medien aufgeklärt. Im vorgestellten Projekt wurde jedoch problematisiert, dass sich an solchen Informationsveranstaltungen vor allem die Eltern beteiligten, die bereits für das Thema sensibilisiert waren.

„Für die Schulsozialarbeit stellt sich jedoch die Frage, wie gerade die Eltern erreicht werden können, die sich mit medialer Erziehung nicht auseinandersetzen und den Umgang mit Smartphones der eigenen Kinder nicht so sehr thematisieren [...]. Medienkompetenz, sowie ein sensibler Umgang im Netz kann nur in enger Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus gelingen. Diese Herausforderung gilt es perspektivisch zu meistern“ (Y007/2, 12Y01).

Des Weiteren hatte die Unterstützung der Arbeit der Schülervertretung (SV) durch die Fachkräfte des Programms in den beteiligten Gymnasien nach wie vor einen hohen Stellenwert. Sechs von zehn Projekten schrieben in den Sachberichten von einer regelmäßigen Begleitung der Schülervertretung zur Stärkung der Partizipation der Schüler/innen.

Exemplarisch für das Angebotsspektrum der Jugendsozialarbeit zur Unterstützung der Schülervertretung wird ein Projekt in Friedrichshain-Kreuzberg vorgestellt. Hier begleitete die Fachkraft die Gesamtschülervertretung (GSV) in regelmäßigen Abständen und strebte eine weitestgehend durch die Schüler/innen selbstständig organisierte Gremienarbeit an.

„Im Berichtszeitraum war deutlich zu bemerken, dass die Schüler\*innen die Sitzungen mit mehr Regelmäßigkeit, Freude und Einsatzbereitschaft wahrgenommen haben. Bei der Förderung der Eigenständigkeit der Schüler\*innen in der Umsetzung von Ideen waren vor allem abwechslungsreiche Arbeitsmethoden, Wissenstransfer und aktivierende Übungen hilfreich“ (Y005, 02Y08).

So warben die Schüler/innen mit selbstgestalteten Wahlplakaten und Wahlveranstaltungen für die Schülersprecherwahl, die anschließend im extra eingerichteten Wahllokal und mit der Unterstützung von engagierten Wahlhelferinnen und Wahlhelfern durchgeführt wurde.



**Wahlhelferinnen bei der Schülersprecherwahl**

Der Tag wurde durch die Durchführung einer Wahlparty abgerundet. Die so gewählte Schülervertretung stellte im Berichtszeitraum eigenständig drei Anträge an die Schulkonferenz, wovon zwei erfolgreich umgesetzt wurden. Die Schülervertretung konnte durchsetzen, dass eine von zwei Stunden Selbstlernzeit in der Woche eigenständig von den Schülerinnen und Schülern gestaltet werden darf. Außerdem konnte die Projektidee eines Schaukastens der GSV umgesetzt

werden. Zur zusätzlichen Unterstützung der Schülervertretung organisierte die Jugendsozialarbeit ein Coaching:

„Bei dieser Veranstaltung konnten sich die neuen Schulsprecher\*innen mit Teams anderer Schulen vernetzen/austauschen, sich ihrer Rolle bewusster werden, Tipps und Tricks in der Führung einer Sitzung lernen, sowie Rechte und Pflichten von Schüler\*innen kennenlernen/auffrischen“ (Y005, 02Y08).

Schließlich initiierte die sozialpädagogische Fachkraft, am Ende des Jahres als Alternative zur nicht zu Stande gekommenen SV-Fahrt, zwei GSV-Projektstage mit Unterstützung eines externen Dozenten:

„Die Schüler\*innen sind mit einer selbstbewussteren und gestärkteren Haltung hinsichtlich ihrer Interessen aus diesen Projekttagen gegangen. Deutlich spürbar war eine höhere Motivation und Einsatzbereitschaft. So konnte zum Ende des Schuljahres einige Projektideen umgesetzt werden und gleichzeitig ein ‚neuer Geist‘ der GSV-Arbeit entstehen. Diese wurde sowohl von Lehrer\*innen als auch von Eltern deutlich wahrgenommen“ (Y005, 02Y08).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die sozialpädagogische Arbeit in allen programmteiligen Gymnasien positiv entwickelt hat. In sechs von zehn Projekten wurde von einer gelungenen innerschulischen Kooperation berichtet und die Jugendsozialarbeit ist dort gut in den Schulen verankert. Außerdem wird teilweise das Engagement der Schülerschaft, u. a. im Rahmen der SV-Arbeit, aber auch in AGs positiv hervorgehoben. Dies gilt auch für die Einbindung der Eltern, wobei hier die Einschätzungen in den Projekten unterschiedlich ausfallen. Einige Projekte betonten, dass es zwar sehr engagierte, aktive Eltern gibt, aber davon nur ein paar wenige und meist dieselben. Weiterhin wurde in zwei Projekten bemängelt, dass durch schulische Umbaumaßnahmen die sozialpädagogische Arbeit eingeschränkt wurde und flexibel auf die baubedingten Veränderungen reagiert werden musste. Ein Projekt fasste zusammen, dass die Vielzahl an Handlungsfeldern, in welchen die Jugendsozialarbeit eingebunden war, Herausforderungen an die Arbeitsorganisation, Flexibilität und Belastbarkeit der Fachkräfte stellte. Besonders durch die unterschiedliche Anzahl an Einzelfällen konnten nicht immer alle Angebote und Projektideen so umgesetzt werden wie geplant.

## 2.6 Jugendsozialarbeit an beruflichen Schulen

Das Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ war im Jahr 2017 an 22 von 52 beruflichen Schulen vertreten. Laut der Anträge für das Jahr 2017 blieben die allgemeinen Ziele der Jugendsozialarbeit an beruflichen Schulen im Vergleich zu den Vorjahren in ähnlicher Weise bestehen.

Die Stärkung sozialer Kompetenzen und des Selbstvertrauens war wie an anderen Schularten zentraler Schwerpunkt der Jugendsozialarbeit an beruflichen Schulen. Aufgrund der Schulgröße und Komplexität der Fälle junger Erwachsener bezogen sich ihre Angebote weiterhin häufig anlassbezogen auf Einzelpersonen. Im Fokus der Beratungen standen dabei meist jene Schüler/innen, die sich im Übergangssystem der Berufsvorbereitung befanden (insbesondere in berufsqualifizierenden Lehrgängen oder im Schulversuch der integrierten Berufsvorbereitung). Themen der Beratungen waren psychische Probleme, existenzielle Krisen, Sucht oder Gewalt, Schwierigkeiten im schulischen oder familiären Kontext, aber auch immer mehr kulturelle Aspekte:

„Darüber hinaus haben die Fachkräfte in zahlreichen Einzelberatungen mit Schülerinnen und Schülern über gesellschaftliche Normen und Werte, über Rechte und Pflichten in einer Demokratie uvm. diskutiert. Der Bedarf, in einen Gedankenaustausch über die Unterschiedlichkeit politischer und gesellschaftlicher Systeme zu gehen, steigt. Er betrifft sowohl geflüchtete Jugendliche, als auch Jugendliche, die in dem



Spannungsfeld zwischen gelebter Tradition in der Herkunftsfamilie und dem Leben in einer pluralistischen Gesellschaft aufwachsen“ (B002, 06B03).

In diesem Projekt organisierte die Jugendsozialarbeit u. a. eine Fortbildung zum Thema „Radikalisierung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ für Lehrkräfte an der Schule. Die Unterstützung der Schüler/innen und Lehrkräfte der sog. Willkommensklassen war an den meisten der beruflichen Schulen im Programm ein wichtiges Thema der Jugendsozialarbeit. Mehr hierzu wird im Kapitel 2.9 beschrieben.

Für eine erfolgreiche Einzelfallarbeit durch die Jugendsozialarbeit war die Kooperation mit schulinternen Beratungsteams und dem SIBUZ von zentraler Bedeutung. Regelmäßige Treffen, zum Beispiel alle vier bis sechs Wochen, in multiprofessionellen Teams, bei denen sich bei Bedarf auch außerschulische Partner/innen beteiligten, haben sich bewährt. Jugendsozialarbeit war dabei häufig ein wichtiges Bindeglied zwischen den beteiligten Fachkräften und den unterschiedlichen Professionen. Wie wirkungsvoll eine gezielte, enge Zusammenarbeit mit den Lehrkräften in Bezug auf die vielfältigen Problemlagen der Schüler/innen ist, zeigt beispielhaft ein Zitat für Lehrkräfte der Berufsfachschulklassen (BFS):

„Lehrkräfte der BFS-Klassen hoben hervor, dass für sie die Unterstützung der Schulsozialarbeit eine große Entlastung darstellt und darüber hinaus Impulse für den eigenen Umgang mit Problemen der Schüler\*innen vermittelt werden“ (B013, 11B04).

In 18 von 22 Projekten wurde der Abbau von Schuldistanz als ein Angebotsbereich der Jugendsozialarbeit benannt. Häufig erwähnten die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, wie wichtig kurze Reaktionszeiten und ein frühzeitiges Eingreifen sind, sobald Fehlzeiten auftreten und bevor sich Verhaltensmuster festsetzen. Voraussetzung für diese Herangehensweise war die enge Zusammenarbeit mit Klassenleitungen:

„Eine erhebliche Anzahl betroffener Schüler\*innen konnte über längere Phasen wiederholt in den schulischen Alltag integriert werden, so dass für sie der erfolgreiche Abschluss der schulischen Ausbildung möglich wird. Die Erfahrungen haben einmal mehr aufgezeigt, dass frühzeitige Hinweise von Lehrkräften auf zunehmende entschuldigte / unentschuldigte Fehlzeiten für erfolgreiche Interventionsmöglichkeiten der Schulsozialarbeit entscheidend sind, um Schuldistanz vorzubeugen (B013, 11B04)“.

Die Jugendsozialarbeit setzte ihre Angebote nicht nur zur Reduzierung von Schuldistanz ein, sondern auch zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen. Immer häufiger unterstützte sie die Schüler/innen der dualen Ausbildungsgänge, wenn sie gefährdet waren ihren Abschluss nicht zu erreichen. Ursachen dafür lagen ebenso bei Krisen oder Erkrankungen sowie Konflikten im Lern- und Arbeitsumfeld. In Absprache mit dem schulischen Beratungsteam unterstützte die Jugendsozialarbeit die Jugendlichen und suchte auch den Kontakt zu den Familien, den beteiligten Lehrkräften und den Betrieben. Nicht selten übernahm sie dabei eine zentrale, vermittelnde Rolle zwischen den Schülerinnen und Schülern, den Auszubildenden und Ausbildnern sowie den Lehrkräften.

In einem Projekt beteiligte sich die Sozialpädagogin in Vorgesprächen (vor Disziplargesprächen) mit der Ausbildungsleitung und den Auszubildenden, die vor arbeitsrechtlichen Maßnahmen wie Abmahnungen oder Kündigungen standen:

„Durch diese Gespräche ergaben sie viele nachfolgende Beratungen in Einzelgesprächen mit SchulWork“ (B006, 04B03).

Ausbildungsabbrüche konnten dadurch häufig abgewendet werden. In einem anderen Projekt koordinierte die Sozialpädagogin Unterrichtsbesuche eines Anbieters für ausbildungs-

begleitende Hilfen, wodurch die Anzahl der teilnehmenden Personen und der Informationsgespräche innerhalb von nur ein paar Wochen um ca. 30 % stieg (B013, 11B04).

Jugendsozialarbeit war eine wichtige Ressource an beruflichen Schulen zur Reduzierung von Schuldistanz oder Ausbildungsabbrüchen. Sie erarbeitete mit den jungen Erwachsenen Lösungswege aus ihrer Situation mit hohen Fehlzeiten in Schule und/oder Ausbildung und unterstützte sie dabei, die Verantwortung für ihre Zukunft zu übernehmen.

In fast der Hälfte aller Sachberichte für Projekte an beruflichen Schulen wurde die Aufstockung der Ressourcen für die Jugendsozialarbeit thematisiert. Im Landesprogramm gab es im Jahr 2017 sechs von 22 Projekten an beruflichen Schulen mit nur halben Stellen. Begründet wurde die erforderliche Aufstockung jedoch auch in Projekten mit ganzen Stellen mit schulischen Kriterien wie der sehr hohen Anzahl an Schülerinnen und Schülern sowie der Arbeit an teilweise mehreren Schulstandorten (Filialen). Weiterhin nahmen die Beratungsbedarfe auch an beruflichen Schulen aufgrund psychischer oder multipler Probleme und Verhaltensauffälligkeiten zu. Mit der Integration von jungen Erwachsenen in bzw. aus Willkommensklassen waren zusätzliche Aufgaben für die Jugendsozialarbeit verbunden.

Als Erfolgsfaktoren für Jugendsozialarbeit gelten die kontinuierliche Präsenz sowie umfangreiche zielgruppenspezifische und administrative Kenntnisse, wie ein Sozialpädagoge zusammenfassend beschreibt:

„Schulsozialarbeit hat die besten Wirkungsmöglichkeiten, wenn

- Schulsozialarbeit in dem Bildungsgang präsent ist (etwa durch Projekte, Vorträge, Einbindung in die Lehrer Teams).
- Schulsozialarbeit sich in dem jeweiligen Feld eingearbeitet hat. Dazu zählen Kenntnisse über die jeweiligen Gesetze, Fördermaßnahmen, verfügbare Hilfesysteme, Lebenswelt/Altersstruktur/Reifegrad der Klientel“ (B006, 04B03).

## 2.7 Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben

Im Berichtszeitraum 2017 lag der Fokus der Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben weiterhin auf der Unterstützung von schuldistanzierten oder neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern. Die Verortung der Stellen hat sich im Vergleich zum letzten Berichtszeitraum nicht verändert. Ab dem Jahr 2017 wurde im Bezirk Mitte eine zusätzliche Stelle zur Unterstützung Geflüchteter am Berlin-Kolleg (01A04) aus Landesmitteln finanziert.

Die Ergebnisse in den einzelnen Projekten werden im Folgenden nach inhaltlichem Schwerpunkt differenziert betrachtet.

### *Besondere Aufgabe: Reduzierung von Schuldistanz und Unterstützung der beruflichen Orientierung*

Anhand der vorliegenden Sachberichte aus diesen vier Projekten lässt sich erkennen, dass der Arbeitsschwerpunkt Minimierung von Schuldistanz oft mit der Stärkung der sozialen Kompetenzen einherging. Neben der Einzelberatung und dem Case Management wurden so auch Arbeitsgemeinschaften (AGs) angeboten, um die Kinder und Jugendlichen wieder an die Schule zu binden. In einem Projekt wurden eine Koch-AG, eine Mädchen-AG und eine Filmkritiker-AG durchgeführt. Nachdem im ersten Halbjahr 2017 die Teilnahme besonders im achten Jahrgang sehr unregelmäßig war, konnten die Schüler/innen im zweiten Halbjahr durch Unterstützung der Jugendsozialarbeit und der Schulleitung motiviert werden regelmäßig an den AGs teilzunehmen, wodurch Gruppen entstanden (Z005).

Ein weiterer Fokus wurde auf die Intensivierung der Arbeit mit den 7. Klassen gelegt. Die Fachkräfte eines Projekts entwickelten hierzu auf Probe ein neues Konzept mit dem Titel „Task Force 7“ an beiden Kooperationschulen:

„Dies entwickelten wir auch aus unseren Erfahrungswerten der letzten Schuljahre, wo des Öfteren Schuldistanz schon seit der 7. Jahrgangsstufe in nachfolgende Jahrgangsstufen verschleppt wurde“ (Z003).

Das Zwei-Phasen-Modell sah eine möglichst schnelle Erfassung und Bearbeitung beim Auftreten von Schuldistanz in den 7. Jahrgängen durch intensive Kooperation mit den Klassenlehrkräften vor. Die Umsetzung zeigte, dass der neue Ansatz zwar vielversprechend, aber auch sehr zeitaufwändig war. Fehlzeitenlisten mussten erstellt und sehr zeitnah ausgewertet werden, um im Fall von Schuldistanz schnell agieren zu können.

#### *Besondere Aufgabe: Unterstützung von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern ohne Deutschkenntnisse*

Der Umgang mit schuldistanzierten Kindern und Jugendlichen spielte auch in den insgesamt 14 Projekten zur Unterstützung von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern eine Rolle. In fünf Projekten wurden zu dem Thema explizite Entwicklungsziele formuliert. Weitaus häufiger kamen in den Sachberichten jedoch die Gestaltung der Übergänge zur Sprache (z. B. von der Willkommensklasse in die Regelklasse, aber auch der Übergangsgestaltung in weiterführende Schulen und in die Berufsausbildung) und die Intensivierung der Elternarbeit. Im Folgenden werden deshalb exemplarisch für die Arbeit mit der Zielgruppe diese Schwerpunktthemen anhand einzelner Projektvorstellungen dargestellt.

In den Sachberichten von elf Projekten wird die aktive Begleitung der Kinder und Jugendlichen bei den Übergängen erwähnt, vornehmlich von den Willkommensklassen in die Regelklassen, aber auch bei Schulwechsel durch Umzug der Familie oder an weiterführende Schulen und in die Berufsausbildung. An erster Stelle stand hier die Beratung nicht nur der Schüler/innen, sondern auch der Eltern und Lehrkräfte.

So wurde beispielsweise intensiv über den Unterschied von Willkommens- und Regelklassen aufgeklärt. Eine Fachkraft berichtete von dem Problem, dass einige Familien davon ausgingen die Schulpflicht endete mit dem Verlassen der Willkommensklassen:

„Hier waren viele intensive Gespräche sowohl mit den Jugendlichen als auch mit den Eltern notwendig, um sie davon zu überzeugen, dass es mittel- und langfristig keine gute Familienstrategie ist, wenn die Kinder ihre Bildungsmöglichkeiten nicht wahrnehmen und sich stattdessen um das Familieneinkommen bemühen“ (Z006).

Die Kooperation mit den Lehrkräften der Willkommens- sowie der Regelklassen stellte sich als wichtiger Baustein für einen gelungenen Übergang heraus. So wurden in Gesprächen die Übergänge einzelner Schüler/innen besprochen und gemeinsam überlegt, welche Unterstützungsangebote den Kindern und Jugendlichen die Integration in die neuen Klassen erleichterte.

In einem Projekt in Tempelhof-Schöneberg erarbeiten die Sozialpädagoginnen gemeinsam mit den Lehrkräften der Willkommensklassen ein Konzept, um vor einem Klassenwechsel alle beteiligten Personen hinreichend informieren zu können. Hieraus resultierte auch eine engmaschigere Begleitung der Kinder in den Regelklassen. Zudem wurde die Integration nach dem Übergang in die Regelklasse evaluiert, indem die Kinder von den Sozialpädagoginnen einzeln zur Schulsituation befragt wurden. Aufgrund der hohen Anzahl der Kinder, die von der Willkommens- in die Regelklasse gewechselt sind, wurden stichprobenartig nur 20 von 60 Kindern befragt. Die Evaluation ergab, dass sich die Kinder größtenteils wohlfühlten. Insbesondere die Hilfsbereitschaft an der Schule wurde hervorgehoben (Z011).

Zusätzlich wurden im selben Projekt in den Regelklassen sogenannte Integrationsscouts zur Unterstützung der neuzugewanderten Kinder ausgebildet. In der zweitägigen Ausbildung wurden sechs Kinder der 4. Klassen über die Situation der geflüchteten Kinder informiert und mit ihren Aufgaben als Integrationsscouts vertraut gemacht:

„Die Kinder aus den Regelklassen und den Willkommensklassen haben sich wöchentlich bis Schuljahresende im Büro der Schulsozialarbeit getroffen und gemeinsam Deutsch und Mathe geübt. Außerdem haben die Kinder unter Anleitung der Schulsozialarbeiterinnen spielerisch ihren Wortschatz ausgebaut. Der Workshop war sehr fruchtbar und wurde bei der Auswertung des Projektes von den Kindern und Lehrer/innen als positiv bewertet“ (Z011).

Die Integration in die Regelklassen, aber auch in die Schulgemeinschaft im Allgemeinen wird besonders dort als schwierig erachtet, wo durch räumliche Gegebenheiten eine Verortung der Willkommensklassen in extra Gebäuden der Schule stattfand. Hier berichten die Fachkräfte von der Schwierigkeit, einen Kontakt zu den Regelklassen herzustellen, die Kinder und Jugendliche in AG-Angebote einzubinden und gegenseitige Toleranz bei den Schülerinnen und Schülern aufzubauen (Z031, Z014). Durch soziale Kompetenztrainings und Anti-Diskriminierungs-Workshops wurde versucht dem in den jeweiligen Klassen entgegenzuwirken. Eine Fachkraft berichtete von positiven Erfahrungen durch die Zusammenarbeit mit den sogenannten Interreligious-Peers, einer Gruppe von insgesamt 14 jungen Berlinerinnen und Berlinern, die unterschiedlichen Religionsgemeinschaften angehören und interkulturelle Workshops für Schulen anbieten:

„Als junge Menschen setzen die Interreligious-Peers bewusst auf den Peer-Education-Ansatz, in dem die Erkenntnis zum Tragen kommt, dass Kinder und Jugendliche in Bezug auf die Entwicklung des eigenen Wertesystems besonders durch Gleichaltrige ansprechbar sind und sich vor allem auch an deren praktischen und authentischen Erfahrungen orientieren“ (Z014).

So konnten sie die Schüler/innen der Willkommensklassen zum Thema interreligiöse und weltanschauliche Vielfalt und Verständigung weiterbilden.

Die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen war in den Projekten eng mit der Elternarbeit verzahnt. Oft kamen die Schüler/innen erst regelmäßig zur Schule, wenn die Eltern oder Erziehungsberechtigten ein Verständnis vom deutschen Schulsystem bekommen hatten. In Form von Beratungen und individueller Begleitung wurden sie über Rechte und Pflichten aufgeklärt. Einige Fachkräfte berichteten sogar von einer Intensivierung der Elternarbeit. Durch Einbezug von Integrationslotsinnen und -lotsen konnten Sprachbarrieren überwunden und ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden:

„Hierbei wurde deutlich, dass die Arbeit der Integrationslotsinnen unverzichtbar ist. Nur durch ihre sprachliche Vermittlung konnte den Erziehungsberechtigten das deutsche Schulsystem und die Wichtigkeit des Schulbesuches erklärt werden. Es konnte zu allen Erziehungsberechtigten eine vertrauensvolle und von Wertschätzung geprägte Zusammenarbeit erreicht werden“ (Z035).

Der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses wurde in den Projekten auf unterschiedliche Art und Weise erreicht. Einige Fachkräfte beschreiben, dass durch ein reines Beratungsangebot nicht alle Eltern angesprochen werden konnten. Für ein Projekt in Neukölln wird von guten Erfahrungen mit der Durchführung eines wöchentlichen Elternfrühstücks berichtet. Das Frühstück wurde von den Eltern angeboten und von der Jugendsozialarbeit begleitet. Die Eltern brachten Speisen aus ihren Herkunftsländern mit und die Kinder präsentierten den Eltern ein kurzes Unterhaltungsprogramm z. B. mit Liedern oder Gedichten. Neben den sozialpädagogischen Fachkräften waren auch die Lehrkräfte der Willkommensklassen, Erzieher/innen und Lesepatinnen und -paten anwesend. Auch die Schulleitung hat, sofern sie es einrichten konnte, an den Treffen teil-

genommen. Das Angebot des Elternfrühstücks wurde von den Erziehungsberechtigten gut angenommen und viele kamen sogar mit der ganzen Familie zu den Terminen. So konnten auf informellem Weg viele Fragen der Eltern geklärt werden, wie „Darf ich eine Entschuldigung in meiner Sprache schreiben?“, „Wann sind die Ferien oder Feiertage?“ oder „Wie kann ich einen Härtefall beantragen?“. Bei Bedarf konnten Folgetermine für eine intensivere Einzelberatung vereinbart werden:

„Grundlegend ist zu berichten, dass die Eltern der Zuzugskinder somit eine neue Orientierung im Schulsystem gefunden haben und weiter an dem schulischen Geschehen ihrer Kinder interessiert sind. Durch die Frühstückseinladungen wurden die Eltern einmal näher an die Schule gebunden und hatten auch die Gelegenheit sich untereinander kennenzulernen und auszutauschen“ (Z009).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in den meisten Projekten auch im Jahr 2017 erfolgreiche Arbeit durch die Fachkräfte geleistet wurde. Besonders dort, wo Ziele erfolgreich umgesetzt werden konnten, wurden die Einbindung der Jugendsozialarbeit und die inner-schulische Kommunikation als gelungene Aspekte hervorgehoben. Auch eine Intensivierung des Vertrauensaufbaus zu Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern fand in den Berichten positive Erwähnung.

Oft wurde darauf hingewiesen, dass unzureichende Rahmenbedingungen die Arbeit in den Projekten erschwerten. Durch eine hohe Fluktuation im Kollegium waren ein kontinuierliches Arbeiten und eine reibungslose Kommunikation mit den Lehrkräften nicht immer möglich. Aber auch Personalwechsel bei den Fachkräften der Jugendsozialarbeit ließ die Arbeit vor Ort oft ins Stocken geraten. Durch Einarbeitung neuer Mitarbeiter/innen und das Einleben an den Schulstandorten mussten geplante Angebote vorerst zurückgestellt werden. Dennoch konnten trotz Abwesenheit von Verantwortlichen teilweise Projektabläufe eingehalten und ein schneller Vertrauensaufbau auch zu neuen Mitarbeitenden hergestellt werden.

In einigen Projekten merkten die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an, dass ein Großteil ihrer Arbeit durch spezielle administrative Vorgänge wie beispielsweise die Begleitung zu Behörden, Hilfestellungen beim Ausfüllen von Formularen oder beim Beantragen von Unterstützungsleistungen bestimmt wurde. Die Fachkräfte übernahmen also oft Aufgaben, die nicht primär in ihren Arbeitsbereich fielen, die aber dazu führten, dass die Kinder und Jugendlichen aus den betroffenen Familien regelmäßig zur Schule kommen konnten und Vertrauen zu den Fachkräften aufbauten. Somit wurde in den Projekten auch immer wieder darauf hingewiesen, dass gerade durch die erforderliche intensive Einzelberatung zu wenig Zeit für alle dringenden Fälle blieb:

„Eigentlich bräuchten fast alle Familien persönliche und fachkundige Lots/innen, die sie auf ihrem Weg in die Gesellschaft begleiten“ (Z013).

Umso wichtiger ist die zunehmende Professionalisierung in der Arbeit mit Geflüchteten und die gute Vernetzung, die die Arbeit auf mehrere Schultern verteilen kann, was abschließend ein Zitat aus demselben Projekt zeigt:

„Auch wenn nicht annähernd alle Probleme durch die Schule und Schulsozialarbeit gelöst werden können, gelingt es oft, an andere Stellen weiterzuvermitteln“ (Z013).

## 2.8 Jugendsozialarbeit an Inklusiven Schwerpunktschulen

Im Jahr 2017 konnten elf Projekte an Inklusiven Schwerpunktschulen umgesetzt werden. Dabei handelt es sich um sieben Grundschulen, drei Integrierte Sekundarschulen und ein Förderzentrum, wovon insgesamt fünf Schulen im August 2017 zum neuen Schuljahr 2017/18 gestartet sind.

An jeder der Inklusiven Schwerpunktschulen wurde mindestens ein Ziel formuliert, das die Umsetzung von Inklusion beinhaltet. Dabei geht es um die inklusive Gestaltung bereits bestehender Angebote oder die Entwicklung von Konzepten und einzelnen Vorhaben. Auch die Förderung sozialer Kompetenzen und eine vertiefte Elternarbeit spielten in den Zielvereinbarungen eine große Rolle.

Beispielhaft wird an dieser Stelle das bereits im Jahr 2016 gestartete Projekt an der Schule am Königstor (02K05) vorgestellt. Hier konnten die seit Jahren etablierten Klassenräte überarbeitet und inklusiv gestaltet werden. Zunächst wurden geeignete Materialien angeschafft bzw. entwickelt und hinsichtlich ihrer Praxistauglichkeit für die Schüler/innen mit Förderbedarf erprobt. Es folgten regelmäßige Rückmeldungen der zuständigen Lehrkräfte an die Jugendsozialarbeit und die Materialien konnten weiter an die individuellen Bedürfnisse angepasst werden, wie folgendes Zitat beschreibt (SuS = Schüler/innen, GE = Geistige Entwicklung, AUT = Autismus).

„Die Materialien für die SuS mit Förderschwerpunkt sind klar strukturiert und beinhalten prägnante und kurze Beschriftungen sowie Visualisierung durch Piktogramme und Fotos unter Zuhilfenahme gängiger Bildprogramme aus den Förderbereichen GE und AUT“ (IK035, 02K05).

Zu den Materialien zählen z. B. einheitliche Timer, die leicht zu bedienen und aufgrund ihrer Farben (rot = fünf Minuten; gelb = zehn Minuten; grün 45 Minuten) eindeutig abgelesen werden können.

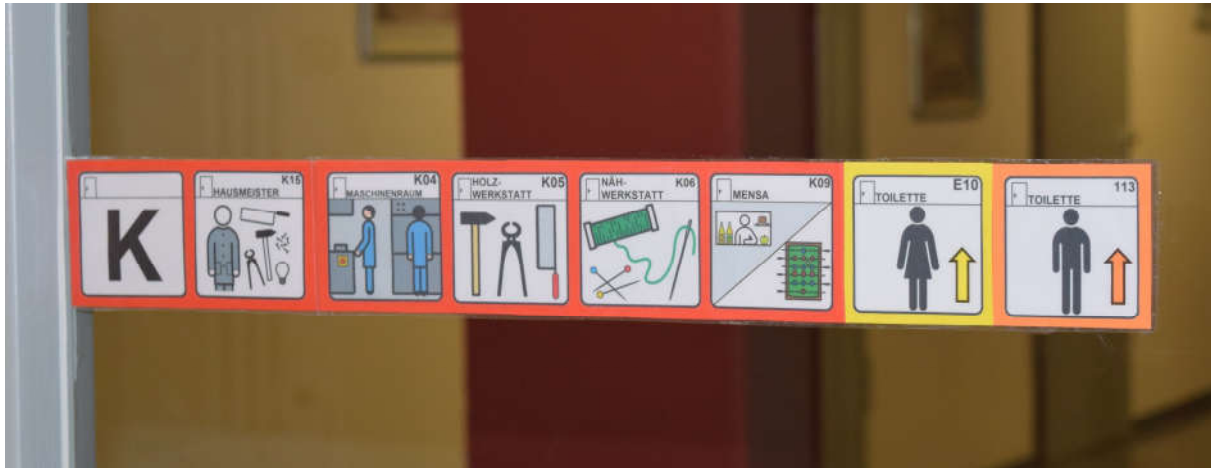
Hinsichtlich der Rollenverteilungen ergaben sich zunächst Schwierigkeiten. Insbesondere das Amt „Protokollant“ stellt für die Schüler/innen mit Förderbedarf eine Herausforderung dar. Sie sind nicht allein in der Lage Diskussionen und Absprachen des Klassenrats zu verschriftlichen. Dementsprechend fand eine Anpassung der Rollen bzw. der Aufgaben statt.

„Dennoch konnten sich SuS beim Anfertigen von Protokollen oder anderer schriftbasierter Tätigkeiten mit Unterstützung beteiligen. Zur Unterstützung von SuS mit Förderschwerpunkt bei der Durchführung wurde für alle Ämter die zusätzliche Funktion ‚Assistent‘ eingeführt“ (IK035, 02K05).

Zur barrierefreien Orientierung der Schüler/innen innerhalb des Schulgebäudes und im Rahmen des Tagesablaufs entstand außerdem ein Konzept, das mit der Schulleitung und den Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen der Schule abgestimmt wurde.

„SuS mit Förderschwerpunkt können nun anhand der Beschilderungen die Funktion der verschiedenen Räumlichkeiten gut erkennen und sich sicher und selbstständig innerhalb des Schulgebäudes bewegen. Gemäß inklusiver Prozesse profitieren darüber hinaus auch alle weiteren Personen am Ort Schule von der gut ersichtlichen Struktur. [...] Für SuS mit Förderschwerpunkt, bei denen die Orientierung an Bezugspersonen besonders wichtig ist, wurden zudem Fotos der pädagogischen Fachkräfte angefertigt und in die Stundentafel eingefügt“ (IK035, 02K05).

Diese neu gestalteten Stundenpläne waren für die Schüler/innen besser verständlich und ermöglichten ihnen mehr Autonomie in ihrem Tagesablauf. Die Entwicklung flexibler Stundentafeln, die die Visualisierung von Vertretungssituationen berücksichtigt, befindet sich noch im Prozess. Gerade bei Veränderungen im Tagesablauf benötigen einige Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf weiterhin viel Unterstützung.



**Piktogramme zur Raumübersicht an der Schule am Königstor (02K05)**

Die Jugendsozialarbeit mit dem Schwerpunkt Inklusion konnte sich an allen Schulen verankern und gezielte Vorhaben und Projekte anschieben. Darunter fallen z. B. Sport- und Ferienangebote, die erstmals an den Schulen inklusiv umgesetzt wurden. Auch die engere Begleitung und Beratung der Eltern fand in mehreren Zielvereinbarungen Berücksichtigung. Die in diesem Zusammenhang geplanten Informationsangebote und Austauschformate stießen bisher allerdings nur teilweise auf positive Resonanz. In zwei Projekten konnte noch kein geeigneter Zugang gefunden werden, um die Eltern zu erreichen.

Darüber hinaus beschrieben die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen u. a. als herausfordernd, dass die Kompetenzen der unterschiedlichen Professionen noch nicht gebündelt genutzt werden können. Da viele Schulen mit Personalmangel kämpften, fehlten oftmals die zeitlichen Kapazitäten für einen gemeinsamen inhaltlichen Austausch zu unterschiedlichen Vorhaben und Problemen. Darüber hinaus wird auch das Festhalten an starren und eingefahrenen Strukturen an einzelnen Schulen von der Jugendsozialarbeit kritisiert. Eine erfolgreiche inklusive Gestaltung von Schulen kann nur gelingen, wenn sich alle beteiligten Professionen gemeinsam auf den Weg machen.

## 2.9 Übergreifende Fokusthemen

Abschließend werden nun schulartübergreifend kurz die Entwicklungen und Ergebnisse der Projekte der Jugendsozialarbeit bei der Prävention von Schuldistanz, bei der Arbeit in Bildungsnetzwerken und zur Unterstützung der Schüler/innen der Willkommensklassen dargestellt.

Die Themen Schuldistanz und Netzwerkarbeit wurden auf Anregung des Beirats des Landesprogramms für das Jahr 2017 in Form von drei ergänzenden Fragen in den Sachbericht mit aufgenommen<sup>16</sup>. Der Themenbereich Willkommensklassen wurde übergreifend in allen Sachberichten ausgewertet. Ziel war es in diesem wichtigen Handlungsfeld, nach der intensiven

<sup>16</sup> Durch die Jugendsozialarbeit erfolgte die Beantwortung folgender Fragen zu den beiden Themenbereichen:

- Welche Aktivitäten/Maßnahmen haben Sie im Berichtszeitraum 2017 gemeinsam mit der Schule zur Prävention von Schuldistanz umgesetzt? Bitte benennen Sie diese kurz in einer stichwortartigen Aufzählung.
- An welchen außerschulischen Bildungsnetzwerken haben Sie sich im Berichtszeitraum 2017 beteiligt? Bitte zählen Sie die Netzwerke namentlich auf. (Beispiele: AG 78, Stadtteilkonferenzen, Bildungsverbände)
- Ergänzen Sie für mindestens ein o. g. Netzwerk ein Ergebnis Ihrer Zusammenarbeit in 2017. (Beispiel: Stadtteulfest, gemeinsame Projekte, abgestimmte Übergänge)

Unterstützung der Schulen durch die Jugendsozialarbeit verstärkt seit dem Jahr 2015, Entwicklungen, Verstärkungen und aktuelle Bedarfe nachverfolgen und aufzeigen zu können.

### *Prävention von Schuldistanz*

Die Prävention von Schuldistanz ist schulartübergreifend in den meisten Projekten der Jugendsozialarbeit Themenstellung für die Zusammenarbeit mit den Schulen; jedoch abhängig von der Schulform und den Bedingungen an der Schule in stark unterschiedlicher Ausprägung. An fast allen integrierten Sekundarschulen und beruflichen Schulen wurde, wie bereits dargestellt, intensiv an einem abgestimmten und frühzeitigen Handeln aller Beteiligten gearbeitet. Gleiches gilt für die Arbeit an den Förderzentren. An den Grundschulen und Gymnasien konzentrierte sich die Arbeit meist auf individuelle Unterstützung und nur einige Grundschulen entwickelten oder implementierten gemeinsam mit der Jugendsozialarbeit Handlungsleitfäden. Aufgabe der Jugendsozialarbeit in allen Schulformen war vor allem die einzelfallbezogene Unterstützung und Begleitung der Schüler/innen und ihrer Eltern. Viele Schulen setzten gemeinsam mit der Jugendsozialarbeit auf eine möglichst frühzeitige Intervention und Achtsamkeit bei ersten Anzeichen von Schuldistanz. Hierfür wurden Handlungsleitfäden erarbeitet oder aktualisiert, das gemeinsame Handeln im Kollegium wiederkehrend abgestimmt oder Studientage von der Jugendsozialarbeit zum Thema mitgestaltet. Die Jugendsozialarbeit stellte aber auch den Kontakt zu außerschulischen Partnerinnen und Partnern wie dem SIBUZ, dem Jugendamt oder Schuldistanzprojekten her. Dass erfolgreiches Handeln im Bereich Schuldistanz nur durch eine gute und konsequente Zusammenarbeit aller Beteiligten gelingen kann, zeigt exemplarisch folgender Bericht nach erfolgreicher Einführung eines Handlungsleitfadens:

„Wir haben es endlich geschafft. Unsere Ablauforganisation muss nur noch zur Gewohnheit werden. Die unentschuldigten Fehltage sind um 1000 Tage weniger, das sind über 40 %“ (S007/3, 08S01).

### *Arbeit in Bildungsnetzwerken*

Die Jugendsozialarbeit arbeitete in allen Schulformen überaus vernetzt und knüpfte sehr häufig Kontakte zu außerschulischen Partnerinnen und Partnern oder Netzwerken. Die Kooperation mit Jugendfreizeiteinrichtungen, Nachbarschaftszentren oder Musikschulen diente meist der Umsetzung von konkreten Projekten mit den Schülerinnen und Schülern. Für die Netzwerkarbeit mit mehreren Beteiligten nutzten die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen häufig Vernetzungs- bzw. Austauschformate mit einem lokalen Bezug. Kiez-AGs oder Sozialraum-AGs wurden zum fachlichen Austausch über die Entwicklung des Stadtteils und zur Planung gemeinsamer Aktivitäten wie Kiez-, Sommer- oder Stadtteilfesten genutzt. Gleichzeitig bauten die Fachkräfte vor Ort aber auch verbindlichere Netzwerke auf, die einen stark fachlichen Fokus hatten. Diese waren Ausgangspunkt für z. B. gemeinsame Konzeptentwicklungen im Bereich Inklusion, für Intervisionsrunden oder für die Planung gemeinsamer Fortbildungen bis hin zur Umsetzung ganzer Fachtage. Der Bezug zur konkreten Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern und Eltern wurde hierbei nicht verloren und die Treffen z. B. auch für die Übergangsgestaltung zwischen Jugendsozialarbeit der Grund- und Oberschulen genutzt oder zum selben Thema eine Elternbroschüre mit lokalem Bezug entwickelt. Einige Fachkräfte berichteten auch von der Mitarbeit in Bildungsverbänden, die die (Weiter-)Entwicklung und Abstimmung der sozialräumlichen Bildungsangebote zum Ziel haben und von vielen Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen getragen wurden. Die Arbeit in diesen Verbänden zeichnete sich durch einen hohen Grad an Verbindlichkeit aus, z. B. durch feste Gremien oder eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, und wird häufig befördert mit zusätzlichen Ressourcen aus Förderprogrammen u. a. aus dem Programm „Soziale Stadt“:



„Der Bildungsverbund Droryplatz hat sich monatlich zu Absprachen und Planungen getroffen und regelmäßig Workshops zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten durchgeführt. Aus der Arbeit ist ein Bauvorhaben hervorgegangen. Es entsteht ein Gemeinschaftshaus, welches 2018 eröffnet wird“ (G103, 08G36).

### *Willkommensklassen*

Die Unterstützung in den sogenannten Willkommensklassen spielte in den Sachberichten aller Schularten nach wie vor eine Rolle. Dennoch fällt auf, dass die konkreten Entwicklungsziele bezogen auf die Unterstützung von Geflüchteten im Jahr 2017 eher zurückgingen. Das ist zum Teil durch den berlinweiten Rückgang der Willkommensklassen zu begründen, aber auch durch den Übergang der ehemaligen Schülerinnen und Schüler aus Willkommensklassen in die Regelklassen (siehe hierzu ausführlicher u. a. im Kapitel 2.7 Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben). So wird in einzelnen Projekten an Grundschulen mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen gearbeitet, die bereits in Regelklassen integriert sind. Schwerpunkt an vielen Schulen im Jahr 2017 war folglich, die geflüchteten Schüler/innen weiter bei ihrer schulischen Integration zu unterstützen.

Sozialpädagogische Ansätze hierfür waren beispielsweise ein Patenschaftssystem für eine gute Übergangsgestaltung in die Regelklassen (G075, 09G15) oder es fanden Angebote direkt in den Willkommensklassen statt. So konnte beispielsweise soziales Lernen in Kooperation mit einer Arabisch sprechenden Stadtteilmutter bis zum Übergang der Schüler/innen in die Regelklasse erfolgreich umgesetzt werden (G095, 08G07). Auch die Fachkräfte an Integrierten Sekundarschulen arbeiteten mit den Willkommensklassen. In einem Projekt nahmen Jugendliche an dem sechswöchigen Musikprojekt „MusikPLUS Fusion“ im Rahmen des Education-Programms der Berliner Philharmoniker teil (K053, 08K03). Die Schüler/innen aus den Willkommensklassen und dem Musikkurs des 11. Jahrganges erarbeiteten gemeinsam mit den Berliner Philharmonikern ein 45-minütiges Programm. Dieses wurde sowohl in der Berliner Philharmonie als auch in der Schule aufgeführt.

Besonders in den Berichten der Projekte an Gymnasien zeigte sich ein hohes Engagement bezogen auf die Unterstützung von Geflüchteten. Das Thema Diversität wurde an fast allen Gymnasien mit kultursensiblen Angeboten der Jugendsozialarbeit bearbeitet. So unterstützte beispielsweise die sozialpädagogische Fachkraft eine Schulhofaktion im Rahmen der bundesweiten Aktion „Diversity-Tag“ am 30.05.2017 mit einem breit gefächerten Angebot für die Schülerinnen und Schüler zum Thema Vielfalt. Diese bestand auch aus einer interaktiven Weltkarte, auf die die Jugendlichen ihre Herkunft symbolisch für die jeweilige Migrationsgeschichte mit einem Fähnchen anpinnen konnten. Es gab einen Infotisch mit Materialien verschiedener Bildungsinitiativen und ein Kinozelt, in dem Filme zum Thema Diversität gezeigt wurden (Y002, 01Y08).

An den beruflichen Schulen war die sehr zeitintensive Unterstützung von geflüchteten Schülerinnen und Schülern häufig ein Schwerpunkt der Jugendsozialarbeit. In einem Projekt wurden mit Unterstützung zusätzlicher Fachkräfte des Trägers im Berichtszeitraum erfolgreich drei sogenannte „KICK-Projekte – Sport gegen Jugenddelinquenz“ durchgeführt (B006, 04B03). Die Präventionsprojekte setzten einen Schwerpunkt auf das Erlernen von Sozialkompetenzen und Gewaltprävention und sollen fester Kooperationspartner im Projekt werden.

Laut der Berichte der Jugendsozialarbeit an Förderzentren war im Jahr 2017 die Unterstützung der Willkommensklassen nur noch vereinzelt Thema.

Wenn auch die Willkommensklassen zahlenmäßig insgesamt zurückgingen, blieb die Unterstützung geflüchteter Schülerinnen und Schüler an allen anderen Schularten eine Aufgabe vieler Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Außer bei den beruflichen Schulen und bei den Zusatzprojekten wird in den Berichten für das Jahr 2017 insgesamt auf diese Aufgabe tendenziell weniger speziell eingegangen. Daraus könnte geschlossen werden, dass die geflüchteten Kinder und Jugendlichen vielerorts bereits „dazu gehören“ und in die regulären

Angebote der Jugendsozialarbeit, die sich an den vielfältigen Bedürfnissen der Zielgruppe orientieren, integriert sind.

## 2.10 Zusammenfassung und Ausblick

Die Jugendsozialarbeit im Landesprogramm konnte sich auch im Jahr 2017 weiter etablieren. In diesem Jahr wurde die Arbeit an den bisherigen Standorten bis auf wenige neue Projekte an den inklusiven Schwerpunktschulen verstetigt. Unter anderen deuten die hohen Werte bei der internen Vernetzung darauf hin, dass Jugendsozialarbeit ein wichtiger Teil der Schulen war und schlicht dazu gehört. Die Einbindung in die Schule und die alltägliche Zusammenarbeit mit der Schulleitung, im Tandem oder Tridem und mit dem weiteren pädagogischen Personal ist ein unabdingbarer Bestandteil einer wirkungsvollen Jugendsozialarbeit.

Die Fachkräfte brachten auch im Jahr 2017 viele zusätzliche Ressourcen in die Schulen ein. Ihre sozialpädagogische Sichtweise ergänzte die multiprofessionelle Fallarbeit und die Fachkräfte regten Lehrer/innen z. B. zur Erweiterung ihres Handlungsrepertoires mit schwierigen Klassen an. Jugendsozialarbeit ist Impulsgeberin und die Fachkräfte bereicherten die schulische Entwicklung mit sozialpädagogischen Konzepten. Die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen verfügten über ihre sozialpädagogische Ausbildung hinaus häufig über Zusatzqualifikationen für Methoden der Beratung oder Mediation, für Soziales Lernen, für den Kinderschutz oder für spezielle Projekte der Sucht- oder Gesundheitsprävention. Hilfreich waren auch sprachliche Zusatzkompetenzen der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen besonders, um Eltern besser zu erreichen und stärker in die Schule einzubinden.

In den Berichten der über 260 Schulen und rund 20 Zusatzprojekten mit besonderen Aufgaben wird deutlich, wie vielfältig und bedarfsorientiert Jugendsozialarbeit auch im Jahr 2017 eingesetzt wurde. Wichtigstes Aufgabenfeld in allen Projekten war die Stärkung sozialer Kompetenzen in mannigfaltiger Ausprägung. Von Klassenräten über die Durchführung von Entspannungsangeboten in Kitas durch Grundschulkindern oder Kooperationsübungen in neu zusammengesetzten Klassen bis hin zur Einbindung der Polizei für Projekte der Gewaltprävention waren zahlreiche Formen des Sozialen Lernens fest im Stundenplan verankert. Weitere partizipative Ansätze wurden in Form von Patenprojekten oder Integrationsscouts für die Unterstützung Geflüchteter durch Gleichaltrige von der Jugendsozialarbeit begleitet. Besonders an Grundschulen, aber auch in den anderen Schulformen, wurde von komplexen Gewaltvorfällen in Gruppenkontexten berichtet. Diese reflektierte die Jugendsozialarbeit beispielsweise im Rahmen des etablierten Klassenrats mit der Gruppe und gemeinsam konnte eine Klärung herbeigeführt werden. An Grundschulen, Gymnasien und Förderzentren war im Jahr 2017 auch besonders die Stärkung der Medienkompetenzen ein Anliegen der Jugendsozialarbeit, denn Mobbing tauchte in Form von Cybermobbing nach wie vor im Kontext der sozialen Netzwerke auf. Die Jugendsozialarbeit involvierte hierbei auch besonders jene Eltern, die bisher wenig über das Thema generell oder über die Netzwerkaktivitäten ihrer Kinder wussten.

Für die Integrierten Sekundarschulen und beruflichen Schulen, aber auch in den Zusatzprojekten mit besonderen Aufgaben wurde häufig von dem Aufgabenfeld der Prävention von Schuldistanz berichtet. Die Jugendsozialarbeit war dabei Teil des gesamtschulischen Konzepts, entweder durch ihre strukturelle Unterstützung und Beratung beim Einsatz von Handlungsleitfäden oder durch zeitintensive und frühzeitige Einzelfallarbeit in enger Zusammenarbeit mit den Lehrkräften. Besonders im Kontext der Neuzugewanderten oder Geflüchteten war eine wichtige Aufgabe der Jugendsozialarbeit auch die Aufklärung und Vermittlung von Wissen an die Eltern über das Schulsystem, um Schuldistanz vorzubeugen. Herausfordernd bei der Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen war außerdem der hohe Zeiteinsatz für die Einzelfallarbeit, bei der auch administrative Abläufe oder

Behördengänge von der Jugendsozialarbeit unterstützt wurden, wenn ihre Kapazitäten dies ermöglichten bzw. die Priorisierung der Problemlagen dies erforderten.

Auch an Förderzentren zeichnete sich im Rahmen der Inklusionsprozesse eine zunehmende Spezialisierung dieser Schulform ab, wodurch die Jugendsozialarbeit häufiger mit komplexeren Fällen beschäftigt war.

Insgesamt wurde vermehrt deutlich, wie wichtig die enge Verzahnung nicht nur innerschulisch, sondern auch mit professionellen außerschulischen Akteuren ist. Denn nur so konnte und kann jede Schülerin und jeder Schüler eine passende Unterstützung erhalten.

Die Situation an den Schulen und die zunehmend komplexe Fallarbeit fordern auch weiterhin von der Jugendsozialarbeit, dass sie sowohl ihre Arbeitsorganisation ständig abstimmt und flexibel gestaltet, als auch belastbar bleibt. Hierbei benötigt sie Unterstützung u. a. von den Trägern durch kollegiale Fallberatung und Supervision.

Jugendsozialarbeit ist gewünscht, darüber sind sich die Beteiligten an den Schulen und die weiteren Kooperationspartner/innen einig. Der im aktuellen Koalitionsvertrag benannte Ausbau des Landesprogramms auf mindestens eine Stelle für jede Schule spiegelte sich auch in einigen Berichten wieder. Befürwortet wird nicht nur der nötige Ausbau auf neue Schulen. Auch die Aufstockung der Jugendsozialarbeit an Schulen, die bereits im Programm sind, sollte Berücksichtigung finden. Die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen machen ganz besonders an den sehr großen beruflichen Schulen darauf aufmerksam, dass aufgrund knapper Ressourcen ihre Arbeit im Rahmen teilweiser Stellen nicht die volle Wirkung entfalten kann.

### 3 Programminterne Fortbildung

Um die fachliche Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule zu stärken, war auch im Jahr 2017 die verbindliche Tandem- bzw. Tridem-Fortbildung ein fester Bestandteil des Programms „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“. Regelmäßig sind die eingesetzten Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen aller Schularten gemeinsam mit den Kooperationslehrkräften einer Schule (Tandem-Fortbildung), bzw. bei Projekten an Grundschulen zusätzlich mit den Erzieherinnen und Erziehern der ergänzenden Förderung und Betreuung (Tridem-Fortbildung), verpflichtet, an den programminternen Veranstaltungen teilzunehmen. Die programminterne Fortbildung wird in einem Rahmenvertrag zwischen der Stiftung SPI Programmagentur (als Auftraggeberin) und dem Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB; als Auftragnehmer), in Kooperation mit der Regionalen Fortbildung Berlin, für Lehrkräfte seit dem Jahr 2010 geregelt und jährlich neu vereinbart. Zur Finanzierung werden Mittel in Höhe von 1 % der Gesamtpersonalkosten für die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen des Programms in einem Fortbildungspool gebündelt. Die Inhalte und Ergebnisse aller im Jahr 2017 stattgefundenen Veranstaltungen wurden auf der Grundlage einer einheitlichen Dokumentationsvorlage von den Fortbildnerinnen und Fortbildnern zusammengefasst und zur Auswertung an die Programmagentur übermittelt (ergänzt um Listen der Teilnehmenden).

Diese Fortbildung wurde weiterhin in Form von sowohl schulartspezifischen als auch schulartübergreifenden Fachtagungen sowie regionalen Veranstaltungen durchgeführt. Je nach Anzahl der Programmteilnehmenden pro Schulart sind die regionalen Veranstaltungen wie folgt organisiert: sechs Regionen für die Tandems der Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien, vier Regionen für die Tandems der Förderzentren, sieben Regionen für die Tridems der Grundschulen und eine regionsübergreifende Gruppe für die Tandems der Beruflichen Schulen. Über die Fortbildungstermine und -programme wurden die teilnehmenden Fachkräfte per Rundmail und über die Internetseiten des Programms ([www.spi-programmagentur.de](http://www.spi-programmagentur.de)) informiert.

Am 04. und 05.12.2017<sup>17</sup> fand der achte schulartübergreifende Tandem-/Tridem-Fachtag im FEZ Berlin zum Thema „Menschen haben Rechte – Menschenrechte, Demokratie und Schule“ statt. Den Einstieg bildete hierfür der Vortrag „Bildung über, durch und für Menschenrechte“ von Dr. Sandra Reitz (Institut für Menschenrechte Berlin). Im anschließenden Angebotsband konnten die Teilnehmenden zwischen einem weiteren Fachvortrag, vier Impulsangeboten und fünf bzw. an einem der beiden Tage sechs Schulbeispielen wählen.

Anschließend konnten sich die teilnehmenden Fachkräfte in insgesamt zehn Workshops in Kleingruppen zu folgenden Aspekten des Themas austauschen:

- „Weil ich ein Mädchen bin...“, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts
- Interventionsmöglichkeiten im Umgang mit Mobbing an Schulen
- Young Carers– Kinder und Jugendliche in Familien mit einer Erkrankung
- Schuldistanz – Was kann die Schule tun?
- Entwicklungschancen sichern: Was brauchen „große Kinder“?
- „Du gehörst dazu!“ Sicherung von Entwicklungschancen von Schüler/innen mit sozialemotionalem Förderbedarf
- Dabeisein ist nicht alles: Das Recht auf Partizipation verwirklichen!
- Wie entwickeln wir unsere Schule zum Haus der Kinderrechte?
- Kinderrechtsbildung, Anerkennungsbindnisse und Selbstwirksamkeitsräume für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung

<sup>17</sup> Da von über 600 Teilnehmenden auszugehen war, wurde dieser Tandem-/Tridem-Fachtag an zwei Tagen hintereinander mit identischem Ablauf angeboten; einmal für alle Schulstandorte aus dem Berliner Norden und einmal für alle Schulstandorte aus dem Berliner Süden.

In der folgenden Tabelle sind neben dem beschriebenen Fachtag alle weiteren Fortbildungsangebote im Jahr 2017 im Überblick dargestellt.

		Integrierte Sekundarschulen gemeinsam mit den Gymnasien		Förderzentren		Grundschulen		Berufliche Schulen	
SFBB, Regionale Fortbildung		Frau Hellmuth-Preß, Frau Wagnitz-Brockmüller		Frau Wiedmann, Herr Matthias		Frau Wiedmann, Frau Haupt		Frau Hellmuth-Preß, Frau Wagnitz-Brockmüller	
Veranstaltung:		Termin	Thema	Termin	Thema	Termin	Thema	Termin	Thema
regionale schulartspezifische Fortbildungsangebote		14.02. - 09.03.	Medienkonsum/digitale Süchte von Jugendlichen	05.04. - 02.05.	Umgang mit sozial- emotionalen Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen im schulischen Kontext	15.02. - 28.03.	Aggressionsbereite Kinder - pädagogische und schulische Herausforderungen	08.03.	Islamismus, Salafismus, Demokratieerziehung als universelle Prävention
		09.05. - 15.06.	„Es liegt an uns, Eltern zu erreichen“ - Professionalität in der Elternarbeit			20.09. - 08.11.	Offenes Modul - Arbeit an aktuellen Themen - Schwerpunkt: Umgang mit Widerstand	17.05.	Impact-Techniken für die Beratung
		19.09. - 12.10.	Umgang mit sozial- emotionalen Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen im schulischen Kontext	14.09.- 14.11.	Gewaltfreie Kommunikation			27.09.	Umgang mit sozial- emotionalen Auffälligkeiten bei Jugendlichen im schulischen Kontext
über- regionale Fort- bildungs- angebote	schulart- spezifisch					29.06.	Interkulturelle und interreligiöse Gestaltung des Lebensortes Schule - Pädagogische Konzepte im Umgang mit Abgrenzung und Extremismus		
	schulart- übergreifend <sup>18</sup>	04./05.12.	8. Schulartübergreifender Tandem-/Tridem-Fachtag						

**Übersicht der programminternen Fortbildungsveranstaltungen im Jahr 2017**

<sup>18</sup> Die schulartübergreifenden Veranstaltungen werden von Frau Hellmuth-Preß und Frau Wagnitz-Brockmüller durchgeführt.